



Bericht

der Landesregierung

Bericht zur politischen Bildung 2009

Federführend ist das Ministerium für Bildung und Kultur

Abkürzungen	4
1 Einleitung	7
2 Herausforderungen, Aufgaben und Ziele politischer Bildung	7
3 Politische Bildung in der Schule	9
3.1 Partizipation in der Schule	9
3.1.1 Landesschülervertretungen	10
3.1.2 Elternvertretungen	12
3.1.3 BLK-Modellversuchsprogramm „Demokratie lernen und leben“	13
3.2 Politische Bildung in der Sekundarstufe II	14
3.2.1 Das Fach Wirtschaft/Politik	14
3.3 Lehrplanreform und Umsetzung der Lehrpläne	15
3.4 Thematischer Schwerpunkt: Europa	17
3.4.1 Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene	17
3.4.2 Projekte für Bürgerinnen und Bürger des Landes	21
3.4.3 Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des Landes	22
3.4.4 Publikationen	23
3.5 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein	24
4 Außerschulische politische Bildung	28
4.1 Landtag	28
4.2 Nationale Minderheiten und Grenzverbände	29
4.3 Jugendbildung/Jugendarbeit	30

4.4	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	31
4.4.1	Politische Partizipation	32
4.4.2	Pädagogische Partizipation	34
4.5	Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt und für Toleranz, Vielfalt und Demokratie	35
4.6	Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen	39
4.7	Mädchenarbeit als politische Bildung	40
4.8	Internationale Jugendarbeit	41
4.9	Medienkompetenz in der Jugendhilfe	43
4.10	Freiwilliges soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ)	45
5.	Weiterbildung	46
5.1	Bildungsfreistellung	48
5.2	Politische Bildung an Volkshochschulen	49
5.3	Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten	52
5.4	Parteinahе Träger und Einrichtungen politischer Bildung	60
5.5	Thematische Schwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung, Entwicklungspolitik, Umwelt, Zuwanderung/Migration	62
6	Hochschulen	65
7	Landeszentrale für politische Bildung	74

Abkürzungen

ADS	Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
AKJS	Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V.
BA	Bachelor (Studiengang)
BAFöG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BEI	Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BFQG	Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz Schleswig-Holstein
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
CAU	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
CJD	Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGV	Deutscher Grenzverein e.V.
Drs.	Drucksache des Schleswig-Holsteinischen Landtags
EQUAL	Europäisches Programm zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von Arbeitenden und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EVIT	Externe Evaluation im Team
EVZ	Europäisches Verbraucherzentrum
FHVD	Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung
FÖJ	Freiwilliges ökologisches Jahr
FSJ	Freiwilliges soziales Jahr
GAJ	Grünalternative Jugend/Jugendorganisation der Grünen
GG	Grundgesetz
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HUGO	Humangenomprojekt
HVHS	Heimvolkshochschule
IM	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
IQSH	Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein
IZRG	Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte

JEF	Junge Europäische Föderalisten
JU	Junge Union/Jugendorganisation der CDU
JuLi	Junge Liberale/Jugendorganisation der FDP
Juso	Jungsozialisten/Jugendorganisation der SPD
KJAP	Kinder- und Jugend-Aktionsplan
KJR	Kreisjugendring
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KMK	Kultusministerkonferenz
LIFE+	Umweltförderprogramm der EU
LKA	Landeskriminalamt
LPA	Landesprüfungsamt
LpB	Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein
LRH	Landesrechnungshof
LSV	Landessportverband Schleswig-Holstein e.V.
LVVHS	Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein
MA	Master (Studiengang)
MA HSH	Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein
MBF	Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein (bis zum 27.10.2009, danach Ministerium für Bildung und Kultur)
MBWFK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (bis 2005)
MEd	Master of Education (Studiengang)
MJAE	Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein (bis zum 27.10.2009, danach Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration)
MJF	Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein (bis 2005)
MSGF	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familien, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (bis zum 27.10.2009, danach Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit)
MLUR	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
MWV	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantische Vertragsorganisation/ Nordatlantikpakt Organisation)
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NOBI	Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten
ÖZK	Ökologiezentrum Kiel
PIT	Prävention im Team
PSA	Planungs- und Steuerungsausschuss der Landeszentrale für politische Bildung
POL&IS	Politik und internationale Sicherheit (Planspiel der Bundeswehr)
SchulG	Schulgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SHL	Schüler helfen leben
SHFV	Schleswig-Holsteinischer Fußballverband
sh:z	Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
SSW-U	Jugendorganisation des Südschleswigschen Wählerverbandes
SV	Schülervertretung
TestDaF	Test Deutsch als Fremdsprache
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNICEF	United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
VHS	Volkshochschule
VPJ	Verband politischer Jugend
WiPo	Wirtschaft/Politik (Schulfach)
XENOS	Bundesprogramm gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

1 Einleitung

Der Bericht zur politischen Bildung in Schleswig-Holstein wurde erstmals 1994 vom damaligen Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein vorgelegt. 1998 wurde die Landesregierung gebeten, den Bericht fortzuschreiben und zukünftig einmal pro Legislaturperiode in aktualisierter Form vorzulegen. Infolge der vorgezogenen Neuwahlen kommt diesem Auftrag nun das Ministerium für Bildung und Kultur ohne weiteren Antrag mit dem Bericht zur politischen Bildung 2009 nach. Da in den Vorgänger-Berichten bereits die grundsätzliche Situation der politischen Bildung ausführlich dargelegt wurde, beschränkt sich dieser Bericht nun auf die Aktualisierung in knapper Form und bemüht sich, Wiederholungen zu vermeiden. Er stellt eine Ergänzung dar, blickt auf Veränderungen der letzten Jahre zurück und weist vorrangig auf neue Entwicklungen, Schwerpunkte und auf in die Zukunft gerichtetes Handeln hin. Die Kapitelnummerierung und -einteilung des Berichtes von 2004 (Drs. 15/3734) wurde weitgehend beibehalten, um die Fortschreibung zu verdeutlichen und um einen Vergleich zu ermöglichen. Ebenso wurden die in den Jahren 2005-2009 gültigen Ressortbezeichnungen gewählt.

2 Herausforderungen, Aufgaben und Ziele der politischen Bildung

Eine der Aufgaben der politischen Bildung ist die Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung. Zu den politischen Rechten eines Staatsangehörigen zählen u.a. das Wahlrecht, das Recht zur Bekleidung öffentlicher Ämter, das Recht zur Bildung politischer Parteien und die Wehrpflicht. Nach Art. 33 des Grundgesetzes hat jede Deutsche und jeder Deutscher in jedem Land Deutschlands die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Politische Bildung vermittelt Kenntnisse über das demokratische System und die demokratische Spielregeln und stattet mit dem Handwerkszeug zur Teilhabe am öffentlichen Leben aus. Damit unterstützt die politische Bildung den Menschen, sich in einer sich schnell verändernden Gesellschaft zurechtzufinden sowie selbstbewusst und selbstorganisiert politisch zu denken und zu handeln. Im Vordergrund der politischen Bildung steht die Entwicklung politischer Kompetenz im Sinne von Urteilsfähigkeit und Selbstverantwortung, von Toleranz und Kritikfähigkeit. Ziel ist es, durch Kompetenzzuwachs und Erweiterung der Handlungsfähigkeit die Menschen zu Partizipation und zur aktiven Gestaltung einer friedlichen, interkulturellen und sozialen Gesellschaft zu befähigen. Dies geschieht mit Hilfe der didaktischen Prinzipien Problem-, Handlungs- und Zukunftsorientierung, aber auch Kontroversität

und Exemplarität. Meinungen werden nicht aufgezwungen, Themen können kontrovers diskutiert werden, die eigene Position und die Konsequenzen des eigenen Handelns werden reflektiert, ein Alltagsbezug wird hergestellt.

Politische Bildung ist Erziehung für die Demokratie - Demokratie und demokratisches Handeln können und müssen gelehrt und gelernt werden. Auch wenn das politische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger auf einem reflektierten Niveau und die demokratischen Grundhaltungen gefestigt erscheint - politische Bildung kennt keinen Endzustand. Sie stellt notwendigerweise einen unabgeschlossenen Zustand dar.

Und auch hier gilt: Stete Übung macht den Meister. Wer beispielsweise einmal gewählt hat und mit seiner Entscheidung etwas bewirkt hat, sollte nicht müde werden und sein Bürgerrecht immer wieder nutzen. Demokratie ist ein alltäglicher

Gebrauchsgegenstand und so wichtig wie Zähneputzen. Politische Bildung ist aber nicht nur mühsames Lernen, sondern kann auch Lust und Werbung machen für die Werte, Institutionen und Verfahren der Demokratie. Gerade im Superwahljahr 2009 zeigen die Jubiläen sinnfällig, was dank der Möglichkeit, aktiv auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, geschehen kann oder welche Auswirkungen das Blockieren und Verwehren von Partizipation haben kann: 1919 - Weimarer Republik, 1929 - Weltwirtschaftskrise, 1939 - Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, 1949 - Gründung der Bundesrepublik und der DDR, 1989 - Friedliche Revolution. 20 Jahre Wiedervereinigung stellt manchen vor die Frage „Was hätte ich ohne den Fall der Mauer alles nicht machen können bzw. was hätte ich womöglich machen müssen?“ Politische Bildung trägt dazu bei, dieses Bewusstsein zu schärfen. Sie zeigt auch die aktuellen Bezüge zu historischen Entwicklungen auf und hilft den Menschen, die entsprechenden Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Themen gibt es nach wie vor genug: Wahlbeteiligung, Postdemokratie, Ost-Erweiterung, Globalisierung, Finanz- und Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Prekariat, Brasilianisierung, Altersarmut, Soziale Netzwerke, Demographischer Wandel, Extremismus, Ausländerfeindlichkeit, Integration, religiöser Fundamentalismus, Klimawandel, Hunger in der Dritten Welt sind nur einige Schlagworte. Politische Bildung hilft, sich in der Gegenwart besser zurechtzufinden und sich in der Informationsfülle kein X für ein U vormachen zu lassen. Politische Bildung lehrt aber auch, dass jede und jeder Einzelne immer wieder aufs Neue die Wahl hat und selbst dazu beitragen kann, die Gesellschaft, in der wir leben, entscheidend zu formen. Politikverdrossenheit muss nicht sein. Es gibt - wie

der Bericht zeigt - in Schleswig-Holstein viele Möglichkeiten, aktiv und konstruktiv für etwas einzutreten.

3 Politische Bildung in der Schule

Ein inhaltlicher Rahmen für die politische Bildung in der Schule wird durch die Lehrpläne gesetzt, die für die Sekundarstufe I schon im Bericht zur politischen Bildung 1998 ausführlich dargestellt wurden. Der Lehrplan des Faches Wirtschaft/Politik ist seit dem Schuljahr 2002/03 zur Grundlage des Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe geworden. Als Grundlage für die Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I des Gymnasiums wurde im Abgleich mit den Fächern Geographie und Geschichte ein Wirtschaft/Politik-Lehrplan erarbeitet und zum 1. November 2008 in Kraft gesetzt. Die Chancen der Partizipation, die das Schulgesetz bietet, werden angenommen. Unter dem Dach der „Zukunftsschule“ ist seit 2008 eine Landeskoordinatorin „mitbestimmen - mitgestalten“ tätig, um den Partizipationsgedanken und die Vernetzung zwischen den Schulen zu fördern.

3.1 Partizipation in der Schule

Die schleswig-holsteinische Landesregierung definiert es als eine wesentliche Aufgabe von Schule und Bildung, Schülerinnen und Schülern das Rüstzeug mitzugeben und Kompetenzen zu fördern, die ihre aktive und verantwortungsvolle Beteiligung an Demokratie und Gesellschaft ermöglichen. Zur Schaffung der hierfür notwendigen Rahmenbedingungen setzen die Lehrpläne für die Sekundarstufen I und II sowie für die Förderzentren durch die Definition des Kernproblems „Partizipation“ und die Zielvorgabe der Lernkompetenz ebenso Maßstäbe wie die Novellierung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes 2007. Dieses Gesetz definiert im 4. Teil, Abschnitt III die „Mitwirkung der Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler“ (§§ 62 ff SchulG). Die der Schüler- und auch der Elternschaft eingeräumten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte sind umfassend:

- Drittelparität in der Schulkonferenz
- Schülervertretungen (auf Schul-, Kreis- und Landesebene)
- Elternvertretungen (auf Schul-, Kreis- und Landesebene)

Das Schleswig-Holsteinische Schulgesetz formuliert in § 4 als „Auftrag der Schule“ unter den Bildungs- und Erziehungszielen, dass Schülerinnen und Schüler befähigt werden sollen, Verantwortung im öffentlichen Leben zu übernehmen und sich an der Gestaltung der Gesellschaft im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beteiligen.

3.1.1 Landesschülervertretungen

Die schleswig-holsteinischen Schülervertretungen tragen auf allen Ebenen Verantwortung für ihre Mitgestaltung bei Entscheidungen und Prozessen. Schülerinnen und Schüler lernen, die Interessen der Schülerschaft zu vertreten und in konstruktiver Abwägung gemeinsam mit den anderen an Schule beteiligten Gruppen Entscheidungen zu treffen.

Die Schülervertretungen der schleswig-holsteinischen Schulen haben an der Entwicklung der Schulprogramme und den damit verbundenen Entscheidungsprozessen mitgewirkt. Die Erstellung von Schulprogrammen ist in Schleswig-Holstein seit August 2002 abgeschlossen, die Schulprogramme werden jetzt evaluiert und weiter entwickelt.

Im Rahmen dieser wichtigen Ausgestaltung schulischer Eigenverantwortung haben die Schülervertretungen somit - auch über die Drittelparität in der Schulkonferenz - bei der Vereinbarung schulischer Arbeits- und Gestaltungsschwerpunkte, der Definition von gemeinsamen Arbeitszielen und konkreten Maßnahmen mitgewirkt. Sie sind an der Erneuerung schulischen Managements beteiligt und tragen dazu bei, dass nach der Qualität und den Ergebnissen schulischer Arbeit auch aus Sicht der Schülerschaft gefragt wird und Eingang in schulische Entwicklungsprozesse findet. Die Landesschülervertretungen zeigen durch engagierte Projekte und Aktionen, dass sie ihre Möglichkeiten verantwortungsbewusst nutzen.

Im Schuljahr 2003/04 fand eine erste Tagung für Schülervertretungen an Schulen für Geistigbehinderte in Schleswig-Holstein statt. Unter Leitung und auf der Grundlage der didaktisch-methodischen Planung durch Lehramtsstudierende wurde das erste landesweite Seminar für amtierende und zukünftige Schülervertreterinnen und Schülervertreter durchgeführt, das mit einer Diskussion zu bildungspolitischen und schulrechtlichen Fragen mit dem Bildungsstaatssekretär abschloss. Im selben Schuljahr gab es die erste Folgeveranstaltung unter gleicher Leitung in den Räumen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. An beiden Tagungen konnten Lehrkräfte teilneh-

men, die in eigenen Workshops Fragen der Schülerversretung und politischen Mitbeteiligung erörterten. Im Jahr 2005 erfolgte darauf die Gründung der Landesschülerversretungen der Förderzentren, 2006 die der Hauptschulen.

Mit der bereits fortgeschrittenen Umwandlung der Haupt-, Real- und Gesamtschulen in Regional- und Gemeinschaftsschulen bis 2010 wird sich auch die Struktur der Landesschülerversretungen erneut verändern.

Die von der Landesschülerversretung Gymnasien/Gesamtschulen initiierte Aktion „Schüler Helfen Leben“ (SHL) ist seit ihrer Gründung im Jahre 1998 zu einem großen Erfolg geworden. Der ursprünglich alle zwei Jahre, mittlerweile jährlich stattfindende Soziale Tag, mobilisiert deutschlandweit hunderttausende Schülerinnen und Schüler. Mehr als 17 Millionen EUR an Spendengeldern konnten so gesammelt und über 130 Projekte zur Bildungs-, Versöhnungs- und Jugendarbeit in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens umgesetzt werden. Das Prinzip ist einfach - Schülerinnen und Schüler tauschen einen Tag lang die Schulbank gegen einen Arbeitsplatz. Ob beim Nachbarn Rasen mähen, oder einen Tag lang Radiomoderator spielen: Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Jüngere Schülerinnen und Schüler machen am Sozialen Tag Gruppenaktionen wie zum Beispiel Sponsorenläufe oder Flohmärkte. Die Arbeit am Sozialen Tag wird als „Unterricht in anderer Form“ unterrichtlich durch ebenfalls von SHL erstellte, klassenstufen-entsprechende Unterrichtsmaterialien vorbereitet. Schirmherrin des „Sozialen Tages“ ist Bundeskanzlerin Angela Merkel. SHL schreibt Jugendpartizipation und Basisdemokratie groß - denn auf dem jährlich stattfindenden Projektauswahltreffen können die am Sozialen Tag teilnehmenden Schülerinnen und Schüler direkt die von SHL zu fördernden Projekte wählen. Im Frühjahr 2002 hat SHL in der gemeinsamen Landesvertretung von Schleswig-Holstein und Niedersachsen die „Stiftung Schüler Helfen Leben“ gegründet - sie ist die erste Schülerstiftung Deutschlands. Mit einem Kapital von derzeit 5 Millionen EUR ist die Stiftung dem Gedanken verpflichtet, dass besonders Kinder und Jugendliche ein Recht auf unbekümmertes Aufwachsen und Erwachsenwerden haben. Seit November 2008 führt SHL mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Pilotprojekt in Hessen und Thüringen durch. Ziel ist unter anderem die Einbindung von Jugendlichen aus bildungsarmen und partizipationsfernen Schichten.

3.1.2 Elternvertretungen

Aus den Ergebnissen des EVIT-Landesberichts 2007 lässt sich ableiten, dass die Bereitschaft der Elternschaft, an der Gestaltung und Weiterentwicklung der Schulen ihrer Kinder mitzuwirken, sehr ausgeprägt ist und die Möglichkeiten, die das Schulgesetz schafft, aktiv genutzt werden.

Auch die Schulen nutzen die Beteiligung von Eltern und Schülerinnen und Schülern gezielt für die gemeinsame Arbeit an der schulischen Weiterentwicklung. Die Rückmeldungen der EVIT-Teams auf der Grundlage von 308 Schulen (EVIT-Landesbericht 2007) belegen ein insgesamt hohes Maß an Zufriedenheit von Eltern und der Schülerschaft mit ihrer Schule.

Indikator 21: Die Schülerinnen und Schüler sind mit der Schule zufrieden.				
75-100% der Befragten	50-74% der Befragten	25-49% der Befragten	Unter 25 % der Befragten	kann ich nicht beantworten:
267 / 86.6%	39 / 12.6%	0 / 0%	0 / 0%	2 / 0.6%



Mittelwert: 1,1 (75 - 100% = 1; unter 25% = 4)

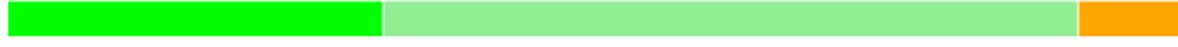
Indikator 22: Die Eltern sind mit der Schule zufrieden.				
75-100% der Befragten	50-74% der Befragten	25-49% der Befragten	Unter 25 % der Befragten	kann ich nicht beantworten:
280 / 90.9%	25 / 8.1%	0 / 0%	0 / 0%	3 / 0.9%



Mittelwert: 1,1 (75 - 100% = 1; unter 25% = 4)

Diese positive Rückmeldung gilt in einem geringeren Umfang auch für die Zusammenarbeit der Schule mit den Eltern. Die Einschätzungen der EVIT-Teams lassen grundsätzlich den Schluss zu, dass Lehrkräfte und Eltern in der Regel intensiv zusammen arbeiten.

Indikator 45: Lehrkräfte und Eltern arbeiten intensiv zusammen.				
In allen gesetzlich vorgesehen Gremien arbeiten die Eltern aktiv mit. Die Informationswege sind geregelt und werden intensiv genutzt.				
trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft kaum zu	trifft nicht zu	kann ich nicht beantworten:
104 / 33.7%	177 / 57.4%	27 / 8.7%	0 / 0%	0 / 0%



Mittelwert: 1,8 (trifft voll zu = 1; trifft nicht zu = 4)

(EVIT-Landesbericht 2007, Berichtsgrundlage Befragungen an 308 Schulen)

Eine Auswertung der Befragungen der jeweiligen Gruppen spiegelt einen differenzierteren Eindruck wider. Während die insgesamt 6.120 befragten Lehrkräfte zu über 80% diesem Indikator voll oder überwiegend zustimmen, sind es bei den Eltern 59,4% (von 65.649 befragten Eltern). D.h. etwa ein Drittel der befragten Eltern ist der Meinung, dass eine intensive Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrkräften eher nicht stattfindet und kommt damit zu einer weniger positiven Einschätzung als die Lehrkräfte.

3.1.3 BLK-Modellversuchsprogramm „Demokratie lernen und leben“

„Demokratie lernen und leben“ - unter diesem Motto haben sieben Schulen in Schleswig-Holstein und ca. 200 im Bundesgebiet von 2002 bis 2007 an der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur im Rahmen des Programms der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) mitgearbeitet. Drei Real-, drei Hauptschulen und eine Gesamtschule verfolgten in Schleswig-Holstein die Zielsetzung, eine demokratische Schulkultur zu entwickeln und Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern als festen Bestandteil des Schulalltags zu verankern. Die einzelnen Maßnahmen bezogen sich auf drei Ebenen:

- Unterrichtsentwicklung,
- Mitgestaltung des Schullebens, Stärkung der SV-Arbeit,
- Öffnung in das schulische Umfeld.

Unterricht:

Mitwirkung und Mitbestimmung wurden im Unterricht Gegenstand des Lernens z.B. durch Einrichtung von Wahlpflichtkursen, um Schülerinnen und Schüler für SV-Arbeit, kommunale Beteiligung (Jugendrat) oder Gestaltung des Schullebens möglichst praktisch zu qualifizieren. Schülerinnen und Schüler übten z.B. das Formulieren von Anträgen, die Präsentation von Anliegen oder das Auftreten vor einer größeren Gruppe; ein regelmäßig stattfindender Klassenrat wurde eingerichtet oder im fächerübergreifenden Unterricht eine Klassenfahrt selbstständig geplant.

Mitgestaltung des Schullebens, Stärkung der SV-Arbeit:

Schülerkiosk, Beteiligung an Aufsichten, Nichtraucherclub, Hausaufgabenhilfe oder Pausenangebote waren Beispiele für eine konkrete Mitgestaltung des Schullebens,

die Übernahme von Aufgaben und Verantwortung. Das zentrale Element zur Entwicklung einer demokratischen Schulkultur war jedoch die Stärkung der SV-Arbeit. Im Rahmen des Modellprogramms wurden verschiedene Schulungen für Schülerinnen und Schüler sowie für Verbindungslehrkräfte durchgeführt und weiteren Schulen angeboten (<http://www.blk-demokratie.de>).

Öffnung in das schulische Umfeld:

Auf dieser Ebene wurden verschiedene Maßnahmen beschrieben, die zu einer Öffnung von Schule und Kooperation mit außerschulischen Partnern beitrugen. Als besonders erfolgreiches Modell ist hier das Wahlpflichtangebot des „Service Learning“ zu nennen, in dem Schülerinnen und Schüler sich in der Gemeinde ehrenamtlich betätigten und im Unterricht ihre Erfahrungen reflektierten. Das Service Learning ließ sich gut mit anderen schulischen Anforderungen wie dem Berufswahlpass verbinden. Andere Kooperationen fanden z.B. mit dem Kreisjugendring, dem Kreistag oder ortsansässigen (Beratungs-)Einrichtungen statt, die Schülerinnen und Schülern das Blickfeld und den Handlungsrahmen erweiterten.

Die Intention des Modellprogramms „Demokratie lernen und leben“ wird unter dem Dach der „Zukunftsschule“ fortgesetzt und verstetigt. Die Landeskoordinatorin „mitbestimmen - mitgestalten“ kooperiert mit dem Modellprogramm „Demokratisch handeln“ und hat die Aufgabe, Partizipationsarbeit an den schleswig-holsteinischen Schulen zu fördern und zu vernetzen.

3.2 Politische Bildung in der Sekundarstufe II

3.2.1 Das Fach Wirtschaft/Politik

Auch wenn die politische und ökonomische Bildung in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Ausprägungen und Bezeichnungen erfährt, ist es gemeinsames und genuines Ziel, bei jungen Menschen die Fähigkeiten zu entwickeln, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen, sich in öffentlichen Angelegenheiten auf einer demokratischen Grundlage zu engagieren und Mitverantwortung für die Angelegenheiten des Gemeinwesens im Sinne einer gerechten, solidarischen und demokratischen Zivilität zu übernehmen. Politische und ökonomische Bildung zielen auf die Entwicklung politischer Mündigkeit und ökonomischer Entscheidungskompetenz. In Schleswig-Holstein leistet das Fach Wirtschaft/Politik den zentralen schuli-

schen Beitrag zum Verständnis von Politik und Wirtschaft. Es trägt damit bei zur Erhaltung, Weiterentwicklung und Erneuerung von Demokratie und Gesellschaft. Mit der Analyse grundlegender Probleme der Gegenwart und der erkennbaren Herausforderungen der Zukunft fördert das Fach Wirtschaft/Politik ein differenziertes Verständnis der politischen Realität sowie ihrer sozialen, rechtlichen und ökonomischen Bedingungen. Es fragt auch in historischer Perspektive nach zugrunde liegenden Macht- und Herrschaftsstrukturen und ihren Legitimationen. Das Fach Wirtschaft/Politik stellt gegenwärtige und zukünftige politische, gesellschaftliche und ökonomische Fragen und Kontroversen in den Mittelpunkt. Es stützt sich auf einen umfassenden Politikbegriff. Das Fach befähigt Schülerinnen und Schüler, die politische, soziale und ökonomische Realität im Hinblick auf systemische Zusammenhänge und Entwicklungen zu analysieren. Es leistet dieses durch die Aneignung systematischen, strukturierten und intelligenten Wissens. Ziel ist es, sich selbstständig ein auf Sachkenntnis begründetes und reflektiertes Urteil zu bilden sowie Entscheidungen zu treffen und mögliche Handlungsräume zu eröffnen.

Das Fach Wirtschaft/Politik liefert einen wichtigen Beitrag zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zu vertiefter Allgemeinbildung und zur Studierfähigkeit. Es trägt bei zur Berufs- und Studienorientierung von Heranwachsenden. Das Fach hat sich als Leistungskurs neben Geographie und Geschichte seit Beginn des Schuljahres 2004/05 fest etabliert. Mit Beginn des Schuljahres 2008/09 kann es im gesellschaftswissenschaftlichen Profil profilgebendes Fach sein. Als zweistündiges Fach auf grundlegendem Niveau ist es in der Eingangsphase und dem ersten Jahr der Qualifizierungsphase verbindlich. Die Weiterbildung von Lehrkräften aus den Gymnasien für dieses Fach ist abgeschlossen. Mit der Reform des Gymnasiums (G8) wird das Fach nicht mehr nur in der Oberstufe, sondern bereits ab dem Jahrgang 8 unterrichtet.

3.3 Lehrplanreform und Umsetzung der Lehrpläne

Wie bereits in den letzten Berichten zur politischen Bildung ausführlich dargelegt, sind zu Beginn des Schuljahres 1997/98 neue Lehrpläne für die Grundschule und die weiterführenden allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe I in Kraft getreten. 2002 folgten dann die Lehrpläne für die Klassenstufen 11-13 der gymnasialen Oberstufe und der Lehrplan sonderpädagogische Förderung.

Die Revision der Lehrpläne für die allgemein bildenden Schulen, Sonderschulen und berufsbildenden Schulen (gymnasiale Oberstufe) sind nach einem gemeinsamen, schulartübergreifenden didaktischen Konzept gestaltet, das die Essentials des Lernens in allen Stufen und Schularten in vergleichbarer Weise ausweist und sichert. Ergänzend sind fünf Handreichungen erschienen, von denen drei sich direkt mit Fragestellungen der politischen Bildung befassen:

- Friedenserziehung (2000)
- Interkulturelles Lernen (1997)
- Gleichstellung (1994)

Die Lehrpläne greifen aktuelle Kernprobleme und damit auch zentrale Themen der politischen Bildung auf. Sie orientieren sich am Erwerb von Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen, die für die politische Bildung von grundlegender Bedeutung sind. Alle schleswig-holsteinischen Lehrpläne sind in einem Beteiligungsverfahren entwickelt worden, das einen Beitrag zur gelebten politischen Bildung darstellt. Dies gilt ebenso für den zum 1. November 2008 in Kraft gesetzten Lehrplan für das Fach Wirtschaft/ Politik in der Sekundarstufe I der Gymnasien.

Ähnlich wie bei der Lehrplanrevision für die Grundschule und die Sekundarstufe I fand auch in den folgenden Projekten ein breiter Partizipationsprozess statt. In der gymnasialen Oberstufe beispielsweise lief die Lehrplanrevision über einen Zeitraum von fünf Jahren. Das Projekt entwickelte sich von der Konzepterstellung über die Arbeit der Lehrplanfachkommissionen - immerhin mit insgesamt 250 beteiligten Lehrkräften - bis hin zu einer breit angelegten Anhörungsphase, in der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und die interessierte Öffentlichkeit Gelegenheit hatten, Stellung zu nehmen.

Die Lehrpläne der Sekundarstufe II haben das Konzept der Lernkompetenz aus der vorangegangenen Schulstufe aufgegriffen und verstärkt. Zum Erwerb von Lernkompetenz leistet jedes Fach seinen spezifischen Beitrag unter den Aspekten der Sach-, Methoden-, Selbst- und Sozialkompetenz. Diese Kompetenzen bedingen, durchdringen und ergänzen einander. Sie sind Aspekte einer als Ganzes zu vermittelnden Lernkompetenz. Die so verstandene Lernkompetenz ist auf Handeln gerichtet, d.h. sie schließt die Fähigkeit des Einzelnen ein, sich in gesellschaftlichen, beruflichen und privaten Handlungszusammenhängen verantwortlich zu verhalten. Mit der Ver-

mittlung von Lernkompetenz will die Schule auch die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Weiterlernen schaffen und die Schülerinnen und Schüler befähigen, sich ein Leben lang und in allen Lebenszusammenhängen lernend zu verhalten.

Die Europäisierung schulischer Bildung bei Wahrung der Subsidiarität und der Kulturhoheit hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Die Schulen in Schleswig-Holstein haben sich durch eine Reihe unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Projekte u.a. zu den Themen multikulturelle Erziehung, Menschenrechte, Umweltschutz, Kinderarbeit, Entwicklungsländer profiliert. Von besonderer regionaler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Kontakte und Workshops mit den Ostseeanrainerstaaten.

Der Lehrplan sonderpädagogische Förderung, der für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allen Schularten, -formen und -stufen unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung gilt, hat eine Erweiterung der Leitthemen des Grundschullehrplanes erfahren. Diese sechs weiteren Leitthemen gelten ebenfalls für alle Schularten in allen integrativen Lernsituationen. Insbesondere wird für den Bereich der politischen Bildung auf das Leitthema 16 „Gesellschaftliches/ öffentliches Leben kennen lernen, daran teilnehmen - es aktiv mitgestalten“ hingewiesen. Mit der Überarbeitung der sonderpädagogischen Lehrpläne wurde der Gedanke der Integration konsequent weitergeführt. Ziel war es, den Förderzentren ein Instrumentarium an die Hand zu geben, das es ihnen ermöglicht, sowohl den herkömmlichen Unterricht in der Sonderschule als auch die erweiterten Aufgaben wie Prävention und Integration zu erfüllen. Es sollten möglichst viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu einem Schulabschluss geführt und auf das Berufsleben vorbereitet werden.

3.4 Thematischer Schwerpunkt: Europa

3.4.1 Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene

Europaschulen

Europaschulen bereiten Schülerinnen und Schüler auf ein Leben im gemeinsamen Haus Europa vor. Sie fördern die europaorientierte interkulturelle Kompetenz durch Wissensvermittlung, Erwerb von Fremdsprachen, Begegnung und Dialog mit Menschen anderer Länder und Kulturen. Alle am Schulleben Beteiligten leisten damit einen herausragenden Beitrag zur weltoffenen Erziehung der jungen Menschen und zum weiteren Zusammenwachsen Europas. Die allgemein bildenden und die berufli-

chen Schulen in Schleswig-Holstein stellen sich der Herausforderung, Europa als selbstverständlichen Teil unseres Alltags zu denken und zu leben und damit europäische Identität zu verwirklichen. Die Schulen nutzen die einschlägigen EU-Programme intensiv für Partnerschaften und für andere europäische Projekte. Derzeit gibt es 28 Europaschulen in Schleswig-Holstein. Ende des Jahres wird die Zahl auf voraussichtlich 30 steigen.

Die Europaschulen bilden ein eigenes „Europa-Profil“, das sich an folgendem Kriterienkatalog orientiert:

- Integration europäischer Themen im Lehrplan
- Fremdsprachen lernen
- Projektorientierte Schulpartnerschaften und Praktika
- Personalqualifizierung und Personalentwicklung
- Europa in der Region

Verein der Europaschulen in Schleswig-Holstein e.V.

Das Europaministerium (MJAe) hat in den Jahren 2007 und 2008 zusammen mit dem Verein der Europaschulen in Schleswig-Holstein e.V. einen Wettbewerb zum Jugend-, Lehrlings- und Praktikantenaustausch ausgeschrieben. Ausgelobt wurden jährlich Preise in den Kategorien Berichte, Werkstücke und Projekte, die im Rahmen von Auslandspraktika entstanden waren.

Im Jahr 2009 wurde erstmals ein Fotowettbewerb ausgeschrieben. Schülerinnen und Schüler waren dazu aufgerufen, per Foto-Handy oder Digital-Kamera „ihr Bild von Europa in Schleswig-Holstein“ zu machen. Die Gewinnerinnen und Gewinner erhielten von Minister Döring im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung an der Beruflichen Schule ‚Der Ravensberg‘ kleinere Preisgelder sowie Sachgeschenke vom Verein der Europaschulen e.V. Die beiden bestplatzierten Fotos wurden landesweit als Postkarte verteilt.

Deutsch-dänische Europaklasse an der Friedrich-Paulsen-Schule in Niebüll (Kreis Nordfriesland) und dem Gymnasium in Tondern (Dänemark)

Seit dem Schuljahr 2003/04 führen die beiden Gymnasien eine gemeinsame Europaklasse. Der dreijährige Bildungsgang schließt mit Prüfungen und einem doppelqualifizierenden Abschluss ab: Dem dänischen „studenterexamen“ und dem der all-

gemeinen deutschen Hochschulreife mit entsprechendem direkten Hochschulzugang zu allen Hochschulen der Bundesrepublik. Die Kultusministerkonferenz hat dem Unterrichtskonzept nach Einführung der Profiloberstufe und damit der gegenseitigen Anerkennung in allen Bundesländern zugestimmt.

Die Europaklasse hat sich als grenzüberschreitende Klasse bewährt und trägt wesentlich zu einer verbesserten Kommunikation auf beiden Seiten der Grenze bei. Sowohl die Schule als auch die Schulträger (Amt Süd-Tondern und Unterrichtsministerium des Königreichs Dänemark) unterstützen die Weiterführung der Europaklasse als feste Einrichtung.

Europäischer Wettbewerb

Der „Europäische Wettbewerb“ besteht seit 1953. In Schleswig-Holstein nehmen jährlich ca. 3.500-5.000 Schülerinnen und Schüler an dem Wettbewerb teil. Die Bedeutung Europas und der europäischen Zusammenarbeit sind auch im Bereich der Bildung seit 1953 deutlich größer geworden. Die Kultusministerkonferenz hat dies zum Anlass genommen, für den Bereich der Schule die Empfehlung „Europabildung in der Schule“ neu zu fassen (KMK-Beschluss vom 5. Mai 2008).

Der Europäische Wettbewerb unterliegt derzeit einem Reformprozess: Der Europarat und die Europäische Kommission haben sich aus der Finanzierung des Europäischen Wettbewerbs schon vor einigen Jahren zurückgezogen, der Wettbewerb wird auch in den meisten europäischen Ländern nicht mehr durchgeführt. Den deutschen Ländern und der Bundesregierung war aber daran gelegen, den Wettbewerb auch unter den neuen Bedingungen zu erhalten und weiter durchzuführen. Allerdings musste er an die verfassungsrechtlichen Bedingungen angepasst und inhaltlich überarbeitet werden: Der europäische Aspekt in den Aufgaben sollte noch sichtbarer werden, der schriftliche Teil gestärkt werden.

Ausschlaggebend für die Reform des Europäischen Wettbewerbs war die Föderalismusreform. Bund und Länder wirken im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich“ nach Art. 91b Abs. 2 GG in Verbindung mit dem dazugehörigen Verwaltungsabkommen über das Zusammenwirken von Bund und Ländern auch beim Europäischen Wettbewerb zusammen. Die 193. Amtschefkonferenz der KMK hat am 7. Februar 2008 eine inhaltliche und strukturelle Neuausrichtung des Europäischen Wettbewerbs zur Sicherung der Qualität und Beteiligung aller Länder durch einen stärkeren

Europabezug und Modularisierung der Aufgaben und Einsetzung eines Lenkungsausschusses beschlossen, dem vier Ländervertreter, ein Vertreter der Bundesregierung und des Pädagogischen Austauschdienstes angehören. Die alte Struktur und Arbeitsweise ist damit aufgehoben.

EU-Projekttag

Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft wurde der EU-Projekttag an Schulen im Jahre 2007 eingeführt. Seitdem findet er im jährlichen Rhythmus statt. Er soll dazu beitragen, das Interesse und Verständnis der Schülerinnen und Schüler an der Europäischen Union zu wecken und zu stärken. Die Gestaltung des Projekttages selbst liegt in der Eigenverantwortung der Schulen. Politikerinnen und Politiker sowie andere EU-Funktionäre sind aufgerufen, an ihre ehemaligen Schulen zu gehen, um Europa zu kommunizieren. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat sich 2007, 2008 und 2009 daran beteiligt.

Juniorwahl

Parallel zur Europawahl 2009 haben an weiterführenden Schulen in allen 16 Bundesländern so genannte „Juniorwahlen“ stattgefunden. Bei einer Juniorwahl werden simulierte Wahlen im Schulunterricht inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. In durchschnittlich acht Unterrichtsstunden ging es um das Üben und Erleben von Demokratie mit dem Ziel, Jugendliche für die Teilnahme an demokratischen Prozessen zu motivieren und über den Weg einer fundierten Meinungsbildung an diese heranzuführen. Dabei wurden das Thema und die Bedeutung der Europawahl stärker in das Bewusstsein der Jugendlichen gerückt und damit ein Beitrag zur zukünftigen Partizipation geleistet, auch über die eigentliche Wahl hinaus. Um möglichst vielen Schulen aus Schleswig-Holstein eine Teilnahme an dem bisher schon sehr erfolgreichen Projekt zu ermöglichen, hat das MJAE zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, so dass im Jahr 2009 insgesamt 22 Schulen aus Schleswig-Holstein daran teilnehmen konnten. 2004 beteiligten sich zehn Schulen mit knapp 800 Schülerinnen und Schülern an der vergleichbaren Juniorwahl.

Parlamentarier gehen in die Schule

Im Rahmen der Europawoche (siehe auch Kapitel 3.4.2) besuchten Mitglieder des

Deutschen Bundestages die Schulen und diskutierten mit schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schülern unterschiedliche europäische Themen.

Schülerzeitungsprojekt: 50 Jahre Europa!

Anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Römische Verträge“ hat im Februar 2007 der Europastaatssekretär mit 50 Redakteurinnen und Redakteuren von Schülerzeitungen aus Schleswig-Holstein diskutiert. Die Veranstaltung diente u.a. dazu, das Interesse für Europa insbesondere bei jungen Menschen zu wecken. Da die Schülerinnen und Schüler selbst in ihren Schülerzeitungen und in ihrer Sprache über den Termin und über Europa berichten konnten, konnte so eine wesentlich authentischere Ansprache erreicht werden.

Richtlinie zur Förderung des internationalen Austausches von Praktikantinnen und Praktikanten sowie Hospitierenden

Die Richtlinie, die seit 2006 in Kraft ist, beinhaltet die Zuwendungen des Landes als Fehlbedarfsfinanzierung zur Projektförderung für Träger von Austauschpraktika, neuer Projekte oder bereits vorhandener Programme für den internationalen Austausch junger Menschen. Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger können allgemein bildende und berufliche Schulen, Hochschulen, Betriebe, Vereine, Verbände und Verwaltungen des Landes und der Kommunen sein. So wurden im Jahr 2008 insgesamt 74 Schülerinnen und Schülern Auslandsaufenthalte zur sprachlichen, kulturellen und persönlichen Fortbildung ermöglicht.

Informationstour des Vereins Bürger-Europas e.V. in Schulen

Der Verein Bürger Europas e.V. hat in den Jahren 2007 und 2008 eine Spiele- und Informationstour „Das Wirken der EU zum Wohle und Nutzen der Bürger“ mit finanzieller Unterstützung durch das MJAE an verschiedenen Schulen in Schleswig-Holstein und auf Messen durchgeführt. Dabei wurden mit Hilfe von Kurzfilmen und anschließenden Quizfragen u.a. die Vorteile für Deutschland aufgezeigt, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union mit sich bringt.

3.4.2 Projekte für Bürgerinnen und Bürger des Landes

Europainformationsstand auf Messen in Schleswig-Holstein

Das MJAE organisiert mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission

Europainformationsstände auf den Messen NORLA und NordBau und anderen öffentlichen Veranstaltungen, wie z.B. dem Tag der Deutschen Einheit oder dem Schleswig-Holstein-Tag. An diesen Messe-Info-Ständen informieren und beraten schleswig-holsteinische EU-Institutionen, wie das Enterprise Europe Network Hamburg und Schleswig-Holstein, die beiden Europe direct-Relais Kiel und Flintbek, das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ), der Landesjugendring mit eurodesk und der Verein der Europaschulen in Schleswig-Holstein e.V. gemeinsam die zahlreichen Besucherinnen und Besucher.

Europawoche

Die Europawoche findet alljährlich zeitgleich in allen Ländern um den 9. Mai herum, dem Europatag, statt. In dieser Woche engagieren sich im ganzen Land Vereine, Verbände, Organisationen und Privatpersonen, um vor Ort den europäischen Gedanken mit Leben zu füllen. Auf diese Weise leistet die Europawoche seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Förderung des europäischen Bewusstseins. 2007 und 2008 fanden rund 70 Diskussions-, Vortrags- und Informationsveranstaltungen im Rahmen der Europawoche statt. Im Jahr 2009 fanden im Rahmen der Europawoche über 80 Veranstaltungen im ganzen Land mit dem Schwerpunkt „Europawahl 2009“ statt. Ziel war es, sowohl allgemein über Europa zu informieren, als auch gleichzeitig die Wahlbeteiligung zu steigern.

Europa-Union Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Die Europa-Union Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V., die Europäische Bewegung und die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) werden jährlich durch das Land institutionell gefördert, um im Auftrage der Landesregierung Projekte und Aufgaben, wie z.B. die Organisation der Europawoche oder Diskussions-, Vortrags- oder Informationsveranstaltungen zu aktuellen europäischen Themen durchzuführen.

3.4.3 Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des Landes

Journalistenseminar

Das MJAE veranstaltete im Februar 2007 gemeinsam mit der EU-Kommission ein Europa-Seminar für Lokal- und Regionaljournalistinnen und -journalisten. Neben Referentinnen und Referenten aus den Fachressorts trugen auch Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der EU-Kommission vor. Ziel des Seminars war es, die lokalen Journalistinnen und Journalisten für Europa zu interessieren und ihnen gleichzeitig die vielen Serviceangebote für eine Berichterstattung näher zu bringen. Ferner sollte dadurch auch die europäische Komponente in der medialen Berichterstattung gestärkt werden.

Europafähigkeit der Landesregierung

Im November 2006 hat das MJAE, mit finanzieller Unterstützung des Innenministeriums (IM), ein Europa-Seminar für Landesbedienstete aus Schleswig-Holstein in Brüssel organisiert. 27 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den verschiedenen Ressorts haben an den Informationsveranstaltungen u.a. im Hanse-Office, dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Parlament teilgenommen und sich fortgebildet.

3.4.4 Publikationen

Broschüre „Was bringt uns Europa“

Das MJAE informiert mit dieser Broschüre über die Förderschwerpunkte der EU und darüber, wie wichtig die EU-Förderungen für die Entwicklung des Landes sind. Sie stellt anhand einiger Beispiele, wie z.B. des „Zukunftsprogramms Arbeit“ oder auch des Umwelt-Förderprogramms „LIFE +“, dar, wie viel Geld der EU nach Schleswig-Holstein fließt und wofür dieses verwendet wird.

Flyer „Schleswig-Holstein wählt Europa“

Die Deutschen Bundesländer, die Bundesregierung und die Europäische Kommission haben zur Europawahl am 7. Juni 2009 erstmals einen gemeinsamen Flyer erstellt, der aus einem allgemeinen und einem länderspezifischen Teil besteht. Er wurde insbesondere für junge Erwachsene, also Erstwählerinnen und Erstwähler, konzipiert und in Schleswig-Holstein vom MJAE in hoher Auflage verbreitet. Wegen großer Nachfrage und sehr positiver Rückmeldungen wurde der Flyer in Schleswig-Holstein sogar nachgedruckt. Ziel des Flyers war es, mit Prominenten-Statements aus Schleswig-Holstein zur Wahl des Europaparlaments aufzurufen.

Flyer „Wege nach Europa für Jugendliche und junge Erwachsene“

Das MJAE hat zusammen mit der Europäischen Kommission 2009 einen Flyer „We-

ge nach Europa für Jugendliche und junge Erwachsene“ erstellt. Er gibt Auskunft über die verschiedenen Fördermöglichkeiten in Schleswig-Holstein und Europa, informiert über die unterschiedlichen Qualifizierungsnachweise und benennt Ansprechpartner.

Eurobrief

Der Eurobrief wird gemeinsam vom MJAE und vom Enterprise Europe Network Hamburg und Schleswig-Holstein bei der Investitionsbank viermal jährlich über das Internet herausgegeben und veröffentlicht. Er richtet sich an alle Europainteressierten sowohl aus dem öffentlichen Bereich als auch aus der Wirtschaft und enthält u.a. Informationen über aktuelle EU-Themen, Termine und Ausschreibungen.

3.5 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein

Das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) hat im Berichtszeitraum zahlreiche und vielfältige Fortbildungsveranstaltungen zur politischen Bildung in den verschiedenen Schularten durchgeführt. Hierzu zählen insbesondere Veranstaltungen zum Fach Wirtschaft/Politik, aber auch Maßnahmen in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und Fachbereichen wie zum Beispiel Geschichte, Erdkunde, Umwelterziehung, Gewaltprävention und Medienerziehung. Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltungen ist, Didaktik und Methodik eines kompetenzorientierten Unterrichts zu vermitteln, um die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler zur politischen Urteilsbildung sowie zur Reflexion ihrer Urteilsmaßstäbe und Wertvorstellungen zu erweitern.

Wirtschaft/Politik

Angesichts der Veränderungen in der Schullandschaft wurde für das Fach Wirtschaft/Politik ein verändertes Fortbildungskonzept erstellt. Dieses Fortbildungskonzept basiert auf drei Säulen. Den Schwerpunkt der Arbeit bildete im Jahr 2008 die dritte Säule.

1. Fachliche Fortbildung,
2. Didaktik und Methodik (Unterrichtsentwicklung) sowie
3. G8, Schulinternes Fachcurriculum, Profileroberstufe, Berufsorientierung (Schulentwicklung)

Folgende Inhalte stehen in diesem Kontext im Vordergrund:

- Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I der Gymnasien im Rahmen der Umstellung auf G8 (wirksam werdend ab 2011, an G8-Versuchsschulen bereits jetzt)
- Oberstufenreform an den Gymnasien mit dem Schuljahr 2008/09, insbesondere die Verstärkung fächerübergreifenden und -verbindenden Arbeitens
- verstärkte Bedeutung von Berufsorientierung
- Erstellung schulinterner Fachcurricula zunächst für die Sekundarstufe I
- verstärkte Kompetenzorientierung

Die seit 2001 bestehende Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum Tannenfelde wird beständig fortgesetzt. Insbesondere Landesfachtage werden in Kooperation angeboten und von Lehrkräften gut besucht. Die Kooperation mit außerschulischen Partnern ist zudem wesentlicher Bestandteil der Lehrerfortbildung. Die Angebote werden zahlreicher und sichern somit den für Unterricht wichtigen Theorie-Praxis Bezug. Zu den außerschulischen Kooperationspartnern gehören neben dem Bildungszentrum Tannenfelde beispielsweise das Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen (BEI), die Bundesarbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft, die Industrie- und Handelskammer in Schleswig-Holstein, die Landeszentrale für politische Bildung oder die Europäische Akademie Schleswig-Holstein in Sankelmark. Die vollständige Liste der Kooperationspartner ist in der Bilanz des IQSH unter Kooperationspartner aufgeführt.

Gesellschaftswissenschaftliche Fächer

Die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Erdkunde, Geschichte und Weltkunde setzen sich als Ergänzung zum Unterricht in Wirtschaft/Politik mit der politischen Bildung auseinander. Dies spiegeln die Angebote der Lehrerfortbildung wider. Exemplarisch sind folgende Veranstaltungsthemen zu nennen:

- Jugend debattiert
- Antisemitismus in Europa
- Einführung in Google Earth
- Planet der Städte. Fortbildungsreihe zu Themen der globalen Verstädterung

- Die Weimarer Republik - Ergebnisse neuerer allgemeiner und regionaler Forschungen und ihr Bezug zum Geschichtsunterricht

Veröffentlichungen in diesem Kontext sind ein weiteres Unterstützungssystem. Die Neuerscheinungen sind:

- Holocaust - eine Wanderausstellung
- Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins
- Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein
- Zur Geschichte Berlins (1237-1987)
- Der Hamburger Hafen als außerschulischer Lernort

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Im Mittelpunkt dieses Bereiches stehen Veranstaltungen mit Anregungen und Hilfen für Lehrkräfte, wie sie Schülerinnen und Schüler für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Entwicklung ihrer Lebenswelt sensibilisieren können. Berücksichtigung finden sollen ökologische, ökonomische und soziale Aspekte. Die im Rahmen von Modellprogrammen (Demokratie lernen und leben, Transfer-21) und der Zukunftsschule.SH stattfindenden Veranstaltungen der letzten Jahre fokussieren sich auf den sozialen Kontext. Dazu gehören folgende Veranstaltungen mit Schülerbeteiligung:

- Schülermesse auf Landesebene
- Auditierungen von Kommunen
- Bearbeitung des Problemfeldes Klimawandel
- Kooperation von Schulen mit Kreistagen

Durch Veröffentlichungen zum Thema „Mitbestimmen - Mitgestalten“ (Broschüre, CD und Themenheft) werden die Inhalte zusätzlich befördert. Für diesen Themenbereich gibt es zudem ein speziell gestuftes Auszeichnungsverfahren. 2008 wurden ca. 30 Schulen zertifiziert. Diese Schulen stellen sich im Internet unter [//zukunftsschule.sh](http://zukunftsschule.sh) mit ihren Aktivitäten vor.

Gewaltprävention

Das IQSH führt die Arbeit gegen Fremdenhass, Gewalt und Rechtsextremismus un-

verändert als Schwerpunkt der zentralen, regionalen und schulinternen Fortbildung fort. Zu diesem Zweck wurden dem IQSH - wie in den vergangenen Jahren - zweckgebundene Mittel für Sondermaßnahmen im Bereich „Gewaltprävention an Schulen“ zur Verfügung gestellt. Im Sommer 2008 hat das IQSH das Sachgebiet 25 „Sucht- und Gewaltprävention an Schulen“ eingerichtet, um die Schulen noch intensiver als bisher unterstützen zu können. Durch eine Vielzahl von Projekten, Veranstaltungen und Materialien wird versucht, auf unterschiedliche Ursachen und Erscheinungsformen von Gewalt einzugehen und Bedingungen für sowie den Wunsch nach einem friedlichen Miteinander zu schaffen. Exemplarisch seien folgende Maßnahmen genannt:

- Erarbeitung eines Informationsordners „Handwerkskasten Gewaltprävention“ gemeinsam mit der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. (AKJS)
- Projekt „Prävention im Team (PIT 1/2)“ für Grundschule und Sekundarstufe I in Kooperation mit dem Rat für Kriminalitätsverhütung und der Landespolizei
- Fortbildung von Lehrkräften zu Multiplikatoren für Streitschlichtung an Schulen (Konfliktlotsen)
- diverse Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, u.a. zu den Themen Explosivstoffe (unter Beteiligung des LKA und LPA), Täter-Opfer-Ausgleich im schulischen Kontext (Fortbildung für Moderatorinnen und Moderatoren), Konfliktkultur (Fortbildung für Trainerinnen und Trainer), Mobbing
- Bereitstellung eines Gewaltpräventions-Beratungstelefons für Lehrkräfte
- Unterstützung des Projektes „Schulen ohne Rassismus/Aktion Courage“ z.B. durch schulinterne Lehrerfortbildung und „Handy Scouts“ (siehe auch Kapitel 4.8)
- Erstellung einer Broschüre „Rechte Sprüche in der Klasse“

Medienkompetenz

In Kooperation mit der Landespolizei, der Aktion Kinder- und Jugendschutz, dem Offenen Kanal, dem unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz und der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein wurde eine Fortbildungsserie unter dem Titel „Im Netz der neuen Medien“ konzipiert und umgesetzt. Die Inhalte beziehen sich auf folgende Themenbereiche:

- Jugendschutz in interaktiven Diensten und Kommunikationsplattformen
- Jugendgefährdende Inhalte im Internet
- Urheber- und Persönlichkeitsschutz im schulischen Bereich
- Kinder und Jugendliche als Kunden: Werbung, Online-Handel und kostenpflichtige Handyangebote
- Computerspiele und die rechtlichen Regelungen
- Gefahren des Handys als Multifunktionsgerät
- Sicherheit im Datenverkehr

Weitere Angebote sind im Internet übersichtlich und schnell einsehbar im IQSH-Medienportal. Die Adressen lauten: [//faecher.lernnetz.de](http://faecher.lernnetz.de) und [//schulmedien.schleswig-holstein.de](http://schulmedien.schleswig-holstein.de).

4 Außerschulische politische Bildung

4.1 Landtag

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag finden seit Jahren - ausgerichtet auf unterschiedliche Interessen- und Altersgruppen - eine Fülle von Veranstaltungen und Seminaren statt. In ihnen informiert der Landtag über seine parlamentarischen Strukturen, macht Entscheidungsprozesse nachvollziehbar, praktisch erfahrbar und rückt den Landtag sowohl als historisches Gebäude als auch als Einrichtung in den Focus öffentlichen Lebens und Interesses.

Zu den regelmäßigen Angeboten gehören: Diskussions- und Gesprächsrunden mit Abgeordneten, Besuche von Plenarsitzungen, Rollenspiele, Lesungen sowie die im jährlichen Rhythmus stattfindenden Veranstaltungen „Jugend im Landtag“ und „Altenparlament“. Mit diesem Bildungsangebot erreicht der Landtag jährlich rund 12.000 Besucherinnen und Besucher, darunter etwa 5.000 Jugendliche.

Ergänzend kommen Kunst- und Geschichtsausstellungen, Fachtagungen und Foren hinzu. Besonders hervorzuheben ist die Wanderausstellung „Was damals Recht war“ zur nationalsozialistischen Wehrmachtsjustiz und ihren Folgen, zu der im Januar und Februar 2009 fast 5.000 Besucherinnen und Besucher ins Landtagsgebäude kamen. Die Ausstellung wurde gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung gezeigt.

Neu bietet der Landtag seit Beginn dieser Wahlperiode zudem monatlich stattfindende offene Besucherabende für kurzentschlossene Einzelgäste sowie ebenfalls stark frequentierte Lesungen mit dem Titel „Politische Literatur im Landtag“ (in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung) an.

Gemeinsam mit anderen Organisationen, Einrichtungen sowie Verbänden der politischen Jugendbildung werden Veranstaltungen wie die Juniorwahl, POL&IS, Model United Nations und das Landesfinale „Jugend debattiert“ organisiert und begleitet. Der Landtag bietet zudem zahlreiche Informationsmaterialien wie Faltblätter, Broschüren und Handbücher kostenlos an, um über seine Arbeitsweise und aktuelle Vorhaben zu informieren. Besonders sind hierbei die Zeitschrift *Der Landtag* und das Internetangebot plenum-online hervorzuheben. Unter www.sh-landtag.de gibt es unter dem Menüpunkt „Politische Bildung“ eine Vielzahl von Hintergrundinformationen über parlamentarische Abläufe.

4.2 Nationale Minderheiten und Grenzverbände

Die Minderheitenpolitik genießt in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Die nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein mit ihren unterschiedlichen Identitäten und ausgeprägten kulturellen Ausdrucksformen tragen zur kulturellen Vielfalt Schleswig-Holsteins bei. Die Sicherung dieser Vielfalt, aber auch das Bemühen des Landes, die Gleichstellung der Lebensverhältnisse von Minderheiten und Mehrheitsbevölkerung zu gewährleisten, ist ein Schwerpunkt des Regierungshandelns in Schleswig-Holstein. Schutz und Förderung gelten allen nationalen Minderheiten und Volksgruppen, die in Schleswig-Holstein beheimatet sind. Die Landesregierung und die Beauftragte für Minderheiten und Kultur stehen in ständigem Dialog mit der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma sowie der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Die Landesregierung schützt und fördert die nationalen Minderheiten und legt regelmäßig - zuletzt im Minderheitenbericht 2007 (Drs. 16/1730) - über ihre Situation Rechenschaft ab. Ausführliche Informationen zur Minderheitenpolitik sind außerdem auf der Homepage www.schleswig-holstein.de eingestellt.

Die drei in Schleswig-Holstein wirkenden Grenzverbände - ADS-Grenzfriedensbund e.V. Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS und Grenzfriedensbund haben sich zum 1. Januar 2007 zusammengeschlossen), Deutscher Grenzverein e.V. (siehe auch Kapitel 5.3), und Schleswig-Holsteinischer Heimatbund e.V. - tragen durch

ihre Aktivitäten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen zur politischen Bildung im Lande bei; sei es durch die Herausgabe entsprechender Publikationen, durch die Durchführung von Seminaren und Tagungen zu landeskundlichen, landesgeschichtlichen und politischen Themen, durch Exkursionen in das benachbarte Ausland und Gegenbesuche oder durch Veranstaltungen zu tagespolitischen Themen.

4.3 Jugendbildung/Jugendarbeit

Die außerschulische politische Jugendbildung ist als Schwerpunkt der Jugendarbeit gesetzlich normiert. Ihr spezifischer Auftrag wird im Jugendförderungsgesetz des Landes wie folgt konkretisiert: „In der Jugendarbeit soll politische Bildung das Interesse an politischer Beteiligung frühzeitig herausbilden, die Fähigkeit zur kritischen Beurteilung politischer Vorgänge und Konflikte entwickeln und durch aktive Mitgestaltung politischer Vorgänge zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Sie hat umfassende Bedeutung und soll zur Umsetzung eigener Vorstellungen und Interessen in einer demokratischen Gesellschaft anregen sowie Kenntnisse über Staat und Gesellschaft vermitteln.“

Der Bildungsbegriff in der Kinder- und Jugendhilfe wird bestimmt durch die informellen und nonformalen Bildungsprozesse, wie sie im Rahmen der verbandlichen, der offenen und auch der projektbezogenen Jugendarbeit stattfinden.

In den Jugendverbänden finden Jugendliche und junge Erwachsene ein reiches Feld an Bildungs- und Selbstbildungsgelegenheiten und erwerben neben Know-how vor allem soziale Kompetenzen wie Kommunikations-, Konflikt- und Teamfähigkeit. Im Rahmen der Gremienarbeit lernen sie demokratische Spielregeln und Entscheidungsprozesse kennen und können sich in gestaltender Mitverantwortung erproben. Diese „Soft Skills“ tragen zur Persönlichkeitsentwicklung bei und werden im Berufsleben stark nachgefragt. Gerade sogenannte benachteiligte Jugendliche haben in der außerschulischen Bildung, im Jugendverband, -verein und Jugendtreff die Chance, die in den formalen Bildungsinstitutionen wie Schule nicht erworbenen Kompetenzen durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zu kompensieren. Durch die Übernahme von Verantwortung für sich und andere wird ihr Selbstbewusstsein gestärkt.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit (MASG) unterstützt außerschulische politische Jugendbildung durch die Förderung von Trägern, Einrichtungen und Projekten sowie die Durchführung von Fortbildungen und Fachtagungen. Aktuelle Beispiele sind:

- Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Jugendverbände und des Landesjugendrings entwickelt gemeinsam mit dem MASG Konzepte zur Verankerung des Ansatzes Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Jugendverbandsarbeit. Dabei geht es um die nachhaltige und ganzheitliche Implementierung von Themen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Globalisierung in die alltägliche Jugendgruppenarbeit und Jugendverbandsarbeit. Entstanden sind daraus ein Flyer mit Arbeitsanleitungen für Kinder und Jugendgruppen (Mit Spaß dabei - Bildung für nachhaltige Entwicklung), eine vom Landesjugendring betreute Internetplattform (www.jugend-und-bne.de) und eine Fortbildung in der Akademie für Natur und Umwelt für Jugendleiterinnen und -leiter im Frühjahr 2009.
- Mit einem Fachtag unter dem Titel „In aller Munde - zu selten dabei! Teilhabe bildungsferner Jugendlicher“ gab das MSGF (jetzt MASG) im März 2009 gemeinsam mit Kooperationspartnern den Anstoß dazu, dass sich Fachkräfte aus der Jugendarbeit, aus (Schul-)Sozialarbeit und (Berufs-)Schule verstärkt der Gruppe der benachteiligten Jugendlichen zuwenden und ihnen Teilhabechancen und Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen.
- Regelmäßig im Zusammenhang mit Wahlen organisiert der Landesjugendring gemeinsam mit den Jugendverbänden Wahlaktionen, bei denen junge Menschen mit politischen Repräsentanten ins Gespräch kommen, jugendpolitische Forderungen vorstellen und diskutieren. Politisches Bewusstsein und Interesse auch im Hinblick auf die Wahrnehmung des Wahlrechts werden hierdurch gestärkt.

4.4 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat das Thema der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ausgehend von Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention und vom EU-Weißbuchprozess 2001 ff., seit 2005 als jugendpolitisches Schwerpunktthema im Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein (KJAP) verankert und unterstützt nachhaltig die Umsetzung im kommunalen Alltag sowie in den pädagogischen Einrichtungen. Hierbei hat der Landesfonds „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“ neben der Steuerung der Demokratiekampagne seit nunmehr 20 Jahren eine Funktion als Koordinationsstelle für Kommunen, Schulen, Kindertageseinrichtungen und Jugendverbände zum Thema der Partizipation junger Menschen. Nur dann, wenn Kinder und Jugendliche sich aktiv an der Gestaltung ihrer Umwelt beteiligen können,

erfahren sie sich als Teil der sozialen und politischen Gemeinschaft. Beteiligung ist hervorragend geeignet, Kindern und Jugendlichen eine politische Haltung nahezu-bringen.

Im Rahmen der Demokratiekampagne des Landes Schleswig-Holstein wurden daher in den letzten Jahren umfangreiche Anstrengungen unternommen, sowohl die politi-sche als auch die pädagogische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen selbst-verständlicher werden zu lassen. So bieten z.B. Gemeinwesen orientierte Projekte, die von Schule und Kommune getragen werden, in besonderem Maße die Chance, dass Kinder und Jugendliche in einem umfassenden Sinne Kompetenzen aufbauen und demokratische Werthaltungen entwickeln können. Die Erfahrung, in einem ge-staltbaren Umfeld zu leben und Einfluss nehmen zu können und die damit verbunde-ne Erfahrung von Selbstwirksamkeit wirkt zudem präventiv hinsichtlich der Anfällig-keit für rechtsextremes Gedankengut.

Schwerpunkte und Projekte im KJAP-Handlungsfeld „Beteiligung und bürgerschaftli-ches Engagement stärken“ sind nachfolgend beispielhaft dargestellt.

4.4.1 Politische Partizipation

„mitWirkung! Schleswig-Holstein“

„mitWirkung! Schleswig-Holstein“ wurde in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und den Modellkommunen Elmshorn, Flensburg und Kropp mit einer Projektlaufzeit von September 2006 bis Februar 2009 durchgeführt. In den Modellkommunen wur-den zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, die auf eine lebendige und für andere Kom-munen vorbildliche Beteiligungskultur hinführen. Ob in Elmshorn die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirats Politik und Verwaltung zu einer speziellen Stadtführung einladen, damit „die Entscheidungsträger“ die Stadt auch aus der Perspektive „der Jungen“ sehen können, ob Flensburger Bürgermeister im Vorfeld der Kommunalwahl 2008 insgesamt 21 Veranstaltungen mit 50 Klassen und über 1.000 Schülerinnen und Schülern durchführen, um über Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen zu informieren und Einblicke in kommunales Handeln zu ermöglichen oder ob in der Gemeinde Kropp Kinder und Jugendliche ihre Gemeinde erforschen, Bestandsauf-nahmen von den Spielplätzen, Befragungen sowie Verkehrszählungen durchführen und anschließend die Ergebnisse mit der Politik und Verwaltung auf Verbesserungen hin erörtern - es wurde bewusst angestrebt, Lösungswege aufzuzeigen, die für Kom-munen unterschiedlicher Größe geeignet erscheinen (www.mitwirkung-sh.de).

Förderung der gremienorientierten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Gremien spielt für die Artikulation ihrer Interessen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Kinder und Jugendliche haben hier vielfältige Möglichkeiten, sich zu engagieren. Die Mitarbeit in Schulvertretungen, Jugendverbänden, Kinder- und Jugendparlamenten oder -beiräten bietet Gelegenheit, Meinungen in die demokratischen Handlungsprozesse einzubringen und sich in der demokratischen Auseinandersetzung zu erproben. Für die Landesregierung ist deshalb die inhaltliche Ausgestaltung der Gremienarbeit ein wichtiger Ansatzpunkt politischer Bildung.

Im September 2008 fand so z.B. erstmalig in Schleswig-Holstein ein landesweites Forum für Jugendliche aus kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen statt. In Kooperation mit dem Kreisjugendring Pinneberg e.V. und dem Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Elmshorn hat die Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“ 50 Kinder und Jugendliche aus zehn kommunalen Jugendvertretungen drei Tage zu einem landesweiten Treffen der Kinder- und Jugendgremien nach Barmstedt eingeladen, bei dem sie sich in Workshops über unterschiedliche Aktivitäten und Erfahrungen austauschten, sich mit Projektmanagement und Moderationstechniken auseinandersetzten, Probleme und Erfolge der Arbeit beleuchteten sowie Formen der weiteren Zusammenarbeit und der regionalen Vernetzung entwickelten. Diese Veranstaltung wird im November 2009 in Kooperation mit dem KJR Stormarn fortgesetzt, u.a. mit der bundesweit erstmaligen Präsentation einer umfassenden CD-Rom rund um das Thema „Kommunale Kinder- und Jugendgremien“.

Weitere Maßnahmen:

- Die inzwischen in einer Auflage von 28.000 Exemplaren herausgegebene und fortwährend kommunalverfassungsrechtlichen Änderungen angepasste Broschüre „Meine Gemeinde - ich mach mit!“ wird vorwiegend von Schulen aller Schularten im Politikunterricht eingesetzt und ist gut geeignet, das Thema „Demokratie im Nahraum Kommune“ (Nahraumdemokratie) zu bearbeiten. Sie soll dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen in verständlicher Form die Aufgaben und Institutionen der Gemeinde näherzubringen sowie Möglichkeiten der Beteiligung im unmittelbaren Lebensbereich aufzuzeigen.
- Bundesweit einmalig findet seit 2007 eine Kooperation mit der Verwaltungsfachhochschule (FHVD) zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung statt. Ne-

ben regelmäßiger Durchführung von Projektarbeiten und Seminaren fand im September 2008 der sogenannte Hochschultag mit 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Verwaltung sowie Studierenden zum Thema „Partizipation“ statt.

- Zur Unterstützung der kommunalen Aktivitäten zur Umsetzung des Beteiligungsgedankens ist im MSGF eine Informations- und Servicestelle Demokratiekampagne eingerichtet, die Kommunen berät, Moderationsfachkräfte vermittelt, Informationsmaterial bereitstellt und das Netzwerk der Kinder- und Jugendbeteiligung innerhalb und außerhalb der Landesregierung weiterentwickelt.

4.4.2 Pädagogische Partizipation

Um die Partizipation in pädagogischen Einrichtungen zu verbessern und das pädagogische Personal für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu qualifizieren, wurden u.a. folgende Projekte durchgeführt:

KJAP-Leitprojekt: Die Kinderstube der Demokratie: Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Partizipation in Kindertageseinrichtungen

Im Landesmodellprojekt „Die Kinderstube der Demokratie“ (2001-2003) gelang es, Kinder in Kindertageseinrichtungen an differenzierten, z.T. sehr komplexen Themen zu beteiligen. Das Projekt entwickelte erfolgreich eingesetzte Bausteine für die Fortbildung und Begleitung pädagogischer Fachkräfte bei der Beteiligung der Kinder. In einem anschließenden Transferprojekt (2005-2008) wurden nunmehr die Erfahrungen aus dem Modellprojekt so aufgearbeitet und weitervermittelt, dass seit dem Projektende landesweit 20 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Partizipation in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stehen, die nunmehr die Kindertageseinrichtungen im Land bei der Einführung, Weiterentwicklung und Reflexion von Partizipation begleiten können.

Im Zentrum der ausbildungsimmanenten Praxisprojekte stand das Projekt der „verfassungsgebenden Versammlung“. In einer verfassungsgebenden Versammlung verständigen sich die pädagogischen Fachkräfte über die künftig in der Einrichtung geltenden Partizipationsrechte der Kinder. Sie legen die Inhalte und Grenzen sowie die Formen der Beteiligung fest.

Die „Kinderstube der Demokratie“ erfuhr bundesweite Aufmerksamkeit. Die Ergebnisse sind in zahlreiche Bildungspläne der Länder eingeflossen, insbesondere in

Bayern und Schleswig-Holstein. Im Herbst 2009 erscheint ein zweibändiges Handbuch über die Kinderstube der Demokratie im Verlag „Das Netz“ (www.partizipation-und-bildung.de). Der im Sommer 2008 allen Kindertageseinrichtungen übersandte Film „Die Kinderstube der Demokratie“ (30 min., Kiel 2008) ergänzt die Materialien. Der Film führt lebendig vor Augen, wie Partizipation in Kindertageseinrichtungen gelingt.

Weitere Maßnahmen:

- Erstmalig seit dem Sommersemester 2004 und seitdem regelmäßig wird an der Universität Flensburg im Rahmen von Blockseminaren eine „Lernwerkstatt Partizipation“ für Studentinnen und Studenten des Lehramts angeboten.
- Das in Kooperation mehrerer Landesressorts durchgeführte Modellprojekt „Lebensraum Schulhof“ (2003-2005) und die daran anschließenden zahlreichen Nachfolgeprojekte leisten einen Beitrag dazu, die Lern- und Lebensqualität in den beteiligten Schulen zu verbessern und die Identifikation der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und Eltern mit dem Lernort Schule zu fördern (www.lebensraum-schulhof.de)

4.5 Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt und für Toleranz, Vielfalt und Demokratie

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind in Deutschland auch weiterhin ernst zu nehmende Probleme. Dies belegen Verfassungsschutzberichte, Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien und Berichte aus der pädagogischen Praxis. Es sind vor allem junge Menschen, die im Bereich öffentlichkeitswirksamer Propagandadelikte und Gewalttaten als Täter in Erscheinung treten. Die Landesregierung hält es daher nach wie vor für notwendig, Jugendliche und junge Erwachsene präventiv und gezielt darin zu unterstützen, sich für Toleranz und Demokratie einzusetzen und sie mit geeigneten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus stark zu machen.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren diverse Programme ins Leben gerufen, um die Entwicklung von Toleranz und einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Die schleswig-holsteinischen Projekte, die im Rahmen dieser Programme entstanden

sind, werden von der Landesregierung unterstützt. Als aktuelle Beispiele seien an dieser Stelle die folgenden Programme bzw. Projekte genannt:

- Im Rahmen des Programms „XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt“ des BMAS wurde im Jahr 2008 das Projekt „SchulKULTUR“ des CJD Eutin finanziell unterstützt. An beruflichen Schulen in den Kreisen Ostholstein und Plön wurden Kampagnen initiiert, in deren Rahmen sich Lernende und Lehrende aktiv für ein respektvolles interkulturelles Miteinander und gegen jede Form der Diskriminierung einsetzen sollen.
- Im Jahr 2009 soll im Rahmen desselben Programms beim Träger CJD Eutin ein Projekt „Lebenswelt Europa - Interkulturelle Bildung im Ausbildungsvorbereitungsjahr“ gefördert werden. Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung eines Curriculums zur interkulturellen Bildung für benachteiligte Jugendliche an beruflichen Schulen in den Kreisen Ostholstein und Plön.
- Ebenfalls aus dem XENOS-Programm gefördert und mit Landesmitteln kofinanziert führte die DGB-Jugend Nord das Projekt „Jugendliche in Ausbildung für Vielfalt und demokratisches Engagement - Berufsschultour Demokratie und Mitbestimmung“ im Jahre 2008 durch, für 2009 ist die Fortsetzung geplant.
- Das BMFSFJ hat im Jahre 2007 das Programm „VIELFALT.TUT.GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ gestartet. Aus diesem Programm werden seit 2008 an den Projektstandorten Neustadt und Lauenburg „Lokale Aktionspläne“ unterstützt, die dazu beitragen, präventiv ein friedvolles interkulturelles Miteinander durch gemeinsame Projektarbeit zu befördern. Seitens des Landes wird die Umsetzung des Programms fachlich begleitet.
- Aus dem eben genannten Programm wird seit 2007 das Projekt „Communis - gemeinsam lernen in der politischen Bildung“ der Jugendbildungsstätte Mühle kofinanziert. Dieses Projekt läuft im Programmbereich „Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention“ und hat zum Ziel, durch interkulturelle Bildung die interkulturelle Kompetenz im schulischen Kontext zu stärken. Diesem Ziel dienen Fortbildungen und pädagogische Projekte.

Sport

Gerade auch im Sport gelingt es in Schleswig-Holstein, einen präventiven Ansatz zur

Gewaltbekämpfung zu integrieren. Als Beispiel für die erfolgreiche Arbeit seien genannt:

- Das Land Schleswig-Holstein hat in die Richtlinie über die Förderung des Sports in Schleswig-Holstein den Förderschwerpunkt „Maßnahmen zur Integration durch Sport“ in den Katalog aufgenommen.
- „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“ ist eines der erfolgreichsten Präventionsprojekte in Schleswig-Holstein. „Sport gegen Gewalt“ will junge Leute dauerhaft erreichen. Das gilt besonders für Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen. Das auf Initiative der schleswig-holsteinischen Landesregierung entstandene Projekt will jungen Leuten helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Über 30 ehrenamtliche Helfer betreuen in 80 Gruppen Woche für Woche über 2.000 Jungen und Mädchen. Der Anteil junger Leute aus Migrantenfamilien liegt bei rund 40%. Neben den Sportvereinen beteiligen sich auch Schulen, Jugendzentren, Kriminalpräventive Räte, Kirchengemeinden und die Polizei an den einzelnen Programmen, Maßnahmen und Projekten, die vom Land jährlich mit 230.000 Euro aus Glücksspielmitteln gefördert werden.
- Neben diesem landesspezifischen Präventionsprogramm wird vom Landessportverband Schleswig-Holstein e.V. (LSV) auch das bundesfinanzierte Programm „Integration durch Sport“ umgesetzt. Der LSV bindet seine Starthelfer aus dem Programm „Integration durch Sport“ in die kommunalen Foren für Migrationsarbeit ein. Die Sportvereine benötigen hier professionelle Hilfe, weil sich normalerweise kein ehrenamtlicher Mitarbeiter die Zeit nimmt, Kontakt zu den Sprachkursträgern oder Migrationssozialberatungen aufzunehmen. Die Starthelferinnen und Starthelfer, die fast alle selbst über einen Migrationshintergrund verfügen, sollen hier eine wichtige Brückenbau-Funktion einnehmen. Dies zeigt sich auch in den bereits stattfindenden Kooperationsveranstaltungen zwischen dem LSV und den Migrationssozialberatungen.
- Das Projekt des Schleswig-Holsteinischen Fußballverbandes (SHFV) „SH kickt fair“ arbeitet seit 2007 mit dem Programm „Integration durch Sport“ zusammen. Es finden Qualifizierungsseminare statt, die insb. Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Funktionärinnen und Funktionäre, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter auf die interkulturelle Konfliktbearbeitung vorbereiten. Der „Sparta-Integrations-Cup“, ebenfalls ein Projekt des SHFV, will die Integration för-

dern und interkulturelles Zusammenleben erfahrbar machen. Junge Menschen lernen multinationales Teamverhalten und werden durch Auszeichnungen für fairen Umgang miteinander belohnt.

- Das Seminarangebot „Sport Interkulturell“, das mit der Sportjugend Schleswig-Holstein durchgeführt wird, sensibilisiert Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Funktionärinnen und Funktionäre sowie Pädagoginnen und Pädagogen für das Thema Interkulturelles Handeln.

Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten wurde 2002 mit dem Ziel gegründet, die Aufarbeitung der Zeitgeschichte unter der stärkeren Beteiligung bürgerschaftlichen Engagements zu verbessern. Die Stiftung ist bestrebt, die Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit der bestehenden oder in Gründung befindlichen Gedenkstätten an die NS-Gewaltherrschaft zu sichern und auszubauen. Dabei arbeitet sie mit dem Jüdischen Museum Rendsburg/Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf ebenso zusammen wie mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Auch die Zeitgeschichte nach 1945 wird mit Blick auf die Vermittlungsarbeit für die junge Generation Thema für die Stiftungsarbeit.

Die Stiftung leistet einen Beitrag zum Demokratieverständnis und zur politischen Bildung. Kirchen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, HSH Nordbank sowie Sparkasseneinrichtungen und die Landesregierung, aber auch Privatpersonen unterstützen diese Stiftung, teils als Erststifter, teils als Zustifter oder durch Spenden. Hier erweist sich das bürgerschaftliche Engagement tatsächlich als Nährboden für eine gelebte, praktizierte Demokratie.

Extremismus

Bei der Bekämpfung rechtsextremistisch motivierter Straftaten kommt der Präventionsarbeit im Jugend-, Sozial- und Bildungsbereich besondere Bedeutung zu. Präventiv agieren heißt, die Ursachen für rechtsextremes Handeln zu erkennen und durch wirksame und nachhaltige Maßnahmen für ein öffentliches Klima zu sorgen, in dem Rechtsextremismus keine Chance hat. Dabei sind langfristige Konzepte und Strategien ebenso wichtig wie rasche, der konkreten Situation angepasste Interventionen. Wie der Bericht der Landesregierung „Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit - Stärkung der Demokratie“ (Drs. 16/1208) zeigt, gibt es in Schleswig-Holstein bereits zahlreiche Maßnahmen und Initiativen, diesem

Problem zu begegnen.

Der Rat für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig-Holstein unterstützt kommunale Projekte, gibt mit dem „Leitfaden gegen Rechts“ Hilfestellung für kommunale Aktionen und Initiativen gegen Rechtsextremismus und informiert Eltern mit der Broschüre „Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter“. Im Dezember 2008 hat er mit der Broschüre „Rechte Sprüche in der Klasse“ eine Unterrichtshilfe für Pädagoginnen und Pädagogen zum Umgang mit rechts-extremistisch orientierten Schülerinnen und Schülern veröffentlicht.

Im Jahr 2000 entstand unter dem Titel „Verantwortung übernehmen im Norden“ eine gemeinsame Veranstaltungsreihe, die von den Landespräventionsgremien Schleswig-Holsteins, Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens und dem DGB-Bezirk Nord getragen wird. Im Rahmen von bisher sieben Fachkongressen (zuletzt 2009 in Schwerin) wurden Projekte und Strategien gegen Rechtsextremismus und Gewalt vorgestellt und diskutiert. Daraus sind zahlreiche regionale und praxisorientierte Projekte entstanden. Die Veranstaltungsreihe wird 2010 fortgesetzt.

4.6 Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen

Die Landesregierung fördert seit Jahren den Ausbau von Bildungsangeboten, die auf einen Abbau von Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen zielen. Zu nennen sind insbesondere:

- Möglichkeiten zur Freistellung bei Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen, z.B. für Polizeibedienstete
- Veranstaltungsreihen und Medien zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen, die Volkshochschulen, freie Bildungsträger und die öffentlichen Bibliotheken in Kooperation mit der Landesregierung realisiert haben
- Qualifizierungsmaßnahmen für pädagogisches Fachpersonal
- wissenschaftliche Bearbeitung des Themas in Hochschule und Forschung

Zielgruppen waren somit Entscheidungsträgerinnen und -träger, mit Kindern und Jugendlichen arbeitende pädagogische Fachkräfte und Jugendliche selbst. Da politische Bildung in der Breite umgesetzt werden muss, viele in der Bildung tätige Fachkräfte sich jedoch nicht hinreichend qualifiziert fühlen, das Thema Diskriminierung angemessen zu bearbeiten, ist es vorrangig das Ziel der Landesregierung, pädago-

gisches Fachpersonal in Einrichtungen, bei Trägern der Jugendhilfe und in der Schule entsprechend aus- und fortzubilden.

Um bereits in der Ausbildung die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, hat das Institut für Pädagogik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in Kooperation mit dem damaligen MJF ein sozialpädagogisches Kompetenz-Training entwickelt. Die Teilnehmenden werden durch ein eigens entwickeltes Training im Umgang mit Vielfalt geschult. Darüber hinaus werden sie für Diskriminierungsphänomene sensibilisiert und darauf vorbereitet, im Rahmen ihrer künftigen Bildungsarbeit selbst aktive Impulse zum Abbau von Diskriminierungen zu geben. Das Training wird seit Sommer 2002 in jedem Semester angeboten und seitdem laufend fortgeführt.

4.7 Mädchenarbeit als politische Bildung

Spezifische Angebote zur Mädchenarbeit haben sich in den vergangenen Jahren an den Lebensrealitäten von Mädchen orientiert, ihnen Raum gegeben, ihre Lebenssituation zu reflektieren, Probleme zu bewältigen und eine selbstbestimmte Identität zu entwickeln. So wurden sie u.a. bei der Berufsfindung und Beruforientierung sowie der Lebensplanung unterstützt. Damit wurden die Kompetenzen von Mädchen für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe unterstützt und gestärkt. Die Beteiligung von Mädchen und ihr Einfluss in den Vorständen und Gremien der Verbände sind kontinuierlich gewachsen. Sie übernehmen vermehrt Verantwortung und treten für ihre Verbände und Einrichtungen öffentlich stärker in Erscheinung. Dieser Prozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Daher bleibt es Aufgabe der Jugendhilfe, sie weiter zu unterstützen und damit ihren Anteil in herausgehobenen Funktionen zu erhöhen.

Dies geschieht auch durch die Arbeit in den vier vom Land geförderten Mädchenzentren in Husum, Ostfeld, Preetz und Schleswig. Sie sind Orte gelebter Partizipation. Mädchen werden ermutigt und dabei unterstützt, die Angebote der Treffs aktiv mitzubestimmen. Sie sind an der Umsetzung und Organisation beteiligt, arbeiten im Vorstand mit, leiten Gruppen und vertreten das Mädchenzentrum in der Öffentlichkeit. Diese Erfahrungen ermutigen die Besucherinnen, sich aktiv in die Gestaltung ihres Sozialraums einzumischen und befähigen sie zur eigenen Interessenvertretung. Über die organisatorische Einbindung in die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe nach § 78 SGB VIII sind die Mädchentreffs aktiv an der Weiterentwicklung der Mädchenarbeit sowie der Jugendarbeit in Schleswig-

Holstein beteiligt.

Darüber hinaus fördert das Land Fachtagungen und Fortbildungen zur Mädchenarbeit und trägt durch Vernetzung zur Weiterentwicklung der Mädchenarbeit bei. Die seit 2004 alle zwei Jahre stattfindende landesweite Mädchenmesse „Mädchen und Mee/hr“ ist zu einem festen Bestandteil in der Jugendhilfelandchaft geworden.

Der Landesjugendring Schleswig-Holstein macht sich stark für die gleichberechtigte, aktive Mitbestimmung von Mädchen und Frauen. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Mitgliedsverbände und Kreisjugendringe bei der Entwicklung und Ausgestaltung geschlechtergerechter Angebote zu unterstützen. Dafür wurde die Stelle einer Referentin für Mädchen- und Frauenarbeit geschaffen, die vom MSGF gefördert wird.

Die Referentin

- führt geschlechtsspezifische Einheiten bei den Grundkursen für Jugendleiterinnen und -leiter durch,
- bietet Fortbildung und Fachtage zur Qualifizierung ehren- und hauptamtlicher Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an,
- leistet in Form von Seminaren, Workshops und Beratungen Unterstützungsarbeit für Mädchen und junge Frauen in den Gremien und
- fördert die Vernetzung der Mädchen- und Frauenarbeit.

Zwar haben Frauen in der Mädchenarbeit inzwischen die Gesellschaft und Politik für die Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen sensibilisiert und geschlechtsspezifische Angebote in ihren Einrichtungen etabliert, aber nicht in allen Einrichtungen der Jugendarbeit ist die Mädchenarbeit zu einem festen Bestandteil von Konzepten und Angeboten geworden. Mädchenarbeit ist in der Regel nicht strukturell, sondern personell verankert. Insbesondere dort, wo engagierte Frauen Mädchenarbeit durchsetzen und anbieten, gibt es sie.

4.8 Internationale Jugendarbeit

Internationale Jugendarbeit hat nicht nur das Ziel, individuelle Lernerfahrungen und individuell verwertbare internationale Kompetenzen zu vermitteln. Sie hat auch eine weiterreichende jugendpolitische Dimension, indem sie fachlichen Austausch und transnationale Zusammenarbeit ermöglicht und damit zur Fortentwicklung der Jugendarbeit und Jugendhilfe in den beteiligten Ländern beiträgt.

Nicht zuletzt ist internationale Jugendarbeit stets eingebunden in den Zusammen-

hang auswärtiger Beziehungen und die damit verfolgten gesamtpolitischen Zielsetzungen.

Aus Landes-, Bundes-, EU-Mitteln (EU-Aktionsprogramm „Jugend“) und den Fondsmitteln des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnischen Jugendwerks werden Begegnungsmaßnahmen junger Menschen, internationale Maßnahmen mit Fachkräften der Jugendhilfe und Sondermaßnahmen der internationalen Jugendarbeit im In- und Ausland gefördert (siehe zur konkreten Arbeit auch Kapitel 5.3/Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg).

Wichtige Partner für Schleswig-Holstein sind aufgrund seiner geographischen Lage die skandinavischen Länder und die Ostseeanrainerstaaten. Die Chancen einer künftigen stärkeren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Ostseeraumes sind eng verbunden mit der Intensivierung von Begegnungen junger Menschen dieser Region. Maßnahmen mit den Ostseeanrainern werden deshalb vom Land bevorzugt gefördert.

Um die Begegnung zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Ostseeanrainerländern zu stärken, unterstützt die Landesregierung die Aktivitäten des Ostseejugendbüros. Die beim Landesjugendring angegliederte Informations- und Kontaktstelle hat das Ziel, die jugendpolitische Zusammenarbeit zu stärken und den Jugendaustausch in der Ostseeregion zu initiieren und zu festigen.

Das Ostsee-Jugendbüro organisiert seit 20 Jahren mit jeweils einem weiteren schleswig-holsteinischen Träger der Jugendarbeit jährlich die Ostsee-Jugendkonferenz. Hier treffen sich Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen und freien Jugendhilfe aus der Ostseeregion zu Austausch und Diskussion. Die Konferenzen befassen sich mit aktuellen Themen aus der Jugendarbeit: Beteiligung und Demokratie, Geschlechterfragen in der Jugendarbeit der Ostseeregion, gefährdete Kinder und Jugendliche in der Ostseeregion. Die Veranstaltung findet landesweit ein sehr positives Echo. Ebenfalls beim Landesjugendring angegliedert ist das 1999 vom Bund und den Anrainerstaaten Finnland, Schweden, Norwegen, Estland und Litauen eingerichtete, eineinhalb Stellen umfassende Ostsee-Jugendsekretariat. Es dient als Zentrum für die Informationssammlung und Aufbereitung und nimmt Koordinationsaufgaben zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Jugendstrukturen sowie für Jugendprojekte in der Ostseeregion wahr. Die Informations-, Beratungs- und Vernetzungsarbeit hat sich bewährt und wird allseits anerkannt. Entstanden ist das Ostsee-Jugendsekretariat aus den bilateralen jugendpolitischen Beziehungen Deutschlands im Ostseeraum,

basierend auf Regierungs- oder Ressortabkommen, und der mit Finnland und Schweden entwickelten Idee, die Zusammenarbeit in der Region zu vernetzen.

4.9 Medienkompetenz in der Jugendhilfe

Aufgabe des Kinder- und Jugendschutzes ist es einerseits, Kinder und Jugendliche vor sie gefährdenden Inhalten der Medien zu schützen, wie z.B. vor Gewalt verherrlichenden oder pornografischen Internetseiten. Zum anderen ist es Ziel, Jugendlichen einen reflektierten und kritischen Umgang mit den Medien zu vermitteln. Auch Eltern sollen dazu befähigt werden, den Medienumgang ihrer Kinder bezüglich Chancen und Risiken sachgerecht einzuschätzen und adäquat zu reagieren.

Medienkompetenzvermittlung ist daher einer der Schwerpunktbereiche des Kinder- und Jugendschutzes im MASG. Als Ergebnisse der vier Runden Tische zur Medienpädagogik in den Regionen Schleswig-Holsteins, die das Jugendministerium in den Jahren 2006 und 2007 durchgeführt hat, wurden die Vernetzung der medienpädagogischen Akteure vor Ort in den vergangenen Jahren intensiviert und gemeinsame Projekte umgesetzt.

So findet bei den jährlich von den Industrie- und Handelskammern, dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein, der Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein sowie der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH angebotenen „Mediatagen Nord“ im November ein Jugend-Medienkompetenz-Tag für ein breiteres Publikum statt. Gut 70 Interessierte werden jährlich auf dieser Fachveranstaltung z.B. über Risiken von Computerspielen, aber auch die pädagogischen Nutzungsmöglichkeiten informiert.

Bei der jährlich ebenfalls im November von der Vision Kino veranstalteten Schulkinowochة führen die Jugendschutzsachverständigen des Landes Schleswig-Holstein bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft landesweit Diskussionen mit Jugendlichen und Lehrkräften im Anschluss an eine Filmsichtung durch. Am praktischen Beispiel des gesehenen Films werden die Kriterien der Alterskennzeichnung und das Verfahren bei Selbstkontrolle erläutert, um die Information und Akzeptanz der Alterskennzeichnung von Filmen zu erhöhen.

Viele Erwachsene stehen der Computerspielwelt ihrer Kinder hilflos gegenüber. Dem hilft der Gametreff des Offenen Kanals Schleswig-Holstein und des Jugendministerium praxisnah ab. Eltern erhalten in verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins an acht Spielstationen an einem Abend Informationen und die praktische Spielmöglich-

keit von Onlinespielen, Egoshootern, Strategie- und Adventure-Games. Am darauf folgenden Tag werden die Spielstationen zur ganztägigen Multiplikatorenschulung für Lehrkräfte und Fachkräfte der Jugendarbeit eingesetzt.

Um dem gesteigerten Informationsbedürfnis von Eltern zum Umgang mit Medien Rechnung zu tragen, hat das Jugendministerium mit der Aktion Kinder- und Jugendschutz und dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein 35 pädagogisch interessierte Menschen zu „ElternMedienLotsen“ fortgebildet. Die ElternMedienLotsen referieren auf Abruf auf Elternabenden und Informationsveranstaltungen zu „Junge Medienwelten - Jugendmedienschutz - Medienarbeit“.

Das vom Jugendministerium geförderte Projekt „Handy-Scouts“ ist ein Peer-Projekt in Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zur Medienkompetenzvermittlung und Gewaltprävention. Als Reaktion auf die sich häufenden Fälle von Gewaltvideos auf Handys und von Mobbing-Aktionen über Handy und Internet (E-Bullying) bieten Schülerinnen und Schüler der neunten Klasse als Handy-Scouts Workshops in den fünften und sechsten Klassen an. Die Handy-Scouts initiieren in den Klassen eine aktive Auseinandersetzung mit den Themen Gewaltdarstellungen, Respekt, Folgen von Gewalt und Grenzverletzungen sowie Werten. Derzeit stehen über 50 Handy-Scouts an Hauptschulen, Gesamtschulen und Gymnasien in Schleswig-Holstein zur Verfügung, die mit ihren Workshops über 1.200 Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Klassen an ihren Schulen erreicht haben. Die Aktion Kinder- und Jugendschutz führt die Ausbildung der Handy-Scouts durch und begleitet die Jugendlichen langfristig. Eine Arbeitshilfe für Lehrkräfte ergänzt die Ausbildungsangebote. Eine gelungene Kombination von Medienkompetenzvermittlung, Förderung des Demokratieverständnisses sowie der Beteiligung von Jugendlichen ist der jährlich von der Jungen Presse Pinneberg veranstaltete und vom Jugendministerium geförderte dreitägige Jugendpressefrühling, in dem über 100 Jugendliche im Team in den Bereichen Tageszeitung, Magazin, Radio, Film, Fotografie und Internet ein eigenes Medien-Projekt verwirklichen.

Seit dem Jahr 2007 tourt die vom Verein Schnittpunkt erarbeitete Ausstellung „Ausflug in die Medienwelten“ mit Tipps und Informationen für Eltern und Erziehende durch Schleswig-Holstein. Die vom Jugendministerium geförderte Ausstellung wird an den Veranstaltungsorten um Elternabende, Kinderführungen und Projekte zur Erstellung eines eigenen Medienproduktes ergänzt.

Aufgrund des am 1. Januar 2010 in Kraft tretenden Dritten Medienänderungsstaats-

vertrages HSH werden die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Zusammenarbeit in der Medienkompetenzförderung intensivieren. Die Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein (MA HSH) wird in Ergänzung der Aktivitäten an Schulen modellartige Projekte mit mehr Finanzmitteln aus einem Rundfunkgebührenanteil fördern, insbesondere für Eltern, Kinder und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie beispielsweise „Eltern@Medien“, „KLICKERKIDS“ oder die Medienkompetenzförderung in der Lehrerbildung an der Universität Flensburg. Als kompetenter Ansprechpartner für die bereits in der Medienkompetenzvermittlung engagierten Institutionen beider Länder soll die MA HSH informieren und Bedarfe aufzeigen sowie die Vernetzung über die Landesgrenze hinaus ermöglichen.

4.10 Freiwilliges soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ)

Das Freiwillige soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) zählen zu den Konzepten der außerschulischen politischen Bildung im Jugendbereich. Junge Menschen, die die Vollzeitschulpflicht erfüllt, aber das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können sich im FSJ in gemeinwohlorientierten Einrichtungen, insbesondere in Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich der Einrichtungen für außerschulische Jugendbildung und Einrichtungen für Jugendarbeit, in Einrichtungen der Gesundheitspflege, in Einrichtungen der Kultur und Denkmalpflege oder in Einrichtungen des Sports engagieren. Im FÖJ ist dies möglich in Einrichtungen des Natur- und Umweltschutzes sowie der BNE. Bei diesen Aufgaben erfahren die jungen Freiwilligen, dass das eigene Engagement für andere Menschen und für unsere Umwelt sich lohnt und etwas Sinnvolles bewirken kann.

Seminare lassen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kenntnisse zu sozialen, kulturellen bzw. ökologischen Fragestellungen und deren Zusammenhängen erfahren und erarbeiten. Insbesondere unter dem Eindruck von Klimawandel und Ressourcenverknappung erhält gerade im FÖJ der Bezug zur nachhaltigen Entwicklung immer größeres Gewicht. Persönlichkeitsförderung bedeutet in diesem Bereich auch, den Blick für ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Vernetzungen zu schärfen und zu einem kompetenten, nachhaltigen Handeln für Natur und Umwelt anzuleiten. Zusätzlich zu den Seminaren werden alle Teilnehmenden des FSJ/FÖJ während ihres Einsatzes pädagogisch begleitet.

Im Übrigen gelten die im Bericht zur politischen Bildung 1998 enthaltenen Aussagen

zur Persönlichkeitsentwicklung, Berufswahlorientierung sowie zu selbständigem Arbeiten und verantwortungsbewusstem Handeln nach wie vor.

Das Land fördert als freiwillige Leistung über die allgemeinen Förderungsmaßnahmen des Bundesjugendplans hinaus die Durchführung des FSJ mit rd. 740 Plätzen (2008/2009) und die des FÖJ seit 1. August 2004 mit rd. 150 Plätzen.

5 Weiterbildung

Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft und der Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften und nach immer mehr höherwertigen Qualifikationen verstärken den Bedeutungszuwachs der Weiterbildung. Politische, allgemeine und berufliche Weiterbildung zielen gleichermaßen darauf ab, den Menschen in allen Phasen ihres Lebens mehr Lernmöglichkeiten zu bieten. Die Notwendigkeit, durch lebenslange Weiterbildung¹ die Beschäftigungs- und Innovationsfähigkeit der Menschen und Betriebe zu erhalten, zu verbessern und weiterzuentwickeln, steht in einem Spannungsverhältnis zu den finanziell begrenzten öffentlichen und privaten Haushalten. Aber nur durch den Ausbau statt einer Reduzierung der individuellen, betrieblichen und staatlichen Investitionen in Weiterbildung können Innovationen und wirtschaftliches Wachstum gefördert, Eigenverantwortung und individuelle Beschäftigungsfähigkeit gestärkt und die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe verbessert werden. Lebenslanges Lernen leistet einen Beitrag, den sozialen und gesellschaftlichen Problemen, die mit der schwierigen Situation des Arbeitsmarkts und der demographischen Entwicklung einhergehen, sinnvoll zu begegnen. Weiterbildungspolitik ist damit immer auch Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Familien-, Sozial- und Kulturpolitik. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat auf der Grundlage des Koalitionsvertrages in ihrem Arbeitsprogramm die Weiterbildung als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit definiert. Ein Weiterbildungskonzept als gemeinsames Regierungsvorhaben wurde im Oktober 2007 vom Kabinett beschlossen. Es legt die weiterbildungspolitischen Grundsatzpositionen und geplanten Förderschwerpunkte und -instrumente der Landesregierung fest. Ziel der in dem Grundsatzpapier dargestellten Zielgruppen-, Infrastruktur- und Innovationsförderung ist die Erhöhung der Weiterbildungsteilnahme und -nachfrage. Es gibt einen Überblick der aktuellen und geplanten Landesaktivitäten

¹ Weiterbildung definiert nach § 2 i.V.m. § 3 des BFQG, d.h. die Bereiche der allgemeinen, der politischen und der beruflichen Weiterbildung umfassend. Kulturelle Weiterbildung ist dem Bereich allgemeiner Weiterbildung zugeordnet. Die verschiedenen Bereiche der Weiterbildung wirken auf der Grundlage der ihnen jeweils eigenen Zielsetzung zusammen (integrativer Ansatz).

und skizziert die Entwicklungen und Perspektiven auf europäischer Ebene und auf Bundesebene zur Förderung der Weiterbildung (siehe www.weiterbildung.schleswig-holstein.de).

Durch die Förderung der Weiterbildungsinfrastruktur und Rahmenbedingungen sollen die Anreize für verstärktes individuelles und betriebliches Engagement für die Weiterbildung verbessert und allen Menschen im Land der Zugang zur Weiterbildung erleichtert werden. Dafür investiert allein das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (MWV) bis 2013 rund 30 Millionen EUR Landes-, Bundes- und EU-Mittel in die Förderung der Weiterbildung. Im Gegenzug wird erwartet, dass sich Bürgerinnen und Bürger und Betriebe im eigenen Interesse um ihre Weiterbildung kümmern. Diese Verantwortung kann nicht an den Staat abgegeben werden.

Der infrastrukturelle Ansatz der Weiterbildungsförderung konnte in den vergangenen Jahren maßgeblich verbessert werden durch:

- Ausbau der flächendeckenden Weiterbildungsberatung durch das Netzwerk der Weiterbildungsverbände speziell für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die vom MWV geförderten zwölf regionalen Weiterbildungsverbände sind landesweit vernetzt und stehen für alle Menschen und Betriebe für Information und Beratung zur Weiterbildung als Anlaufstelle zur Verfügung. In ihnen können auch die Einrichtungen der politischen Bildung vor Ort mitwirken.
- Verbesserung der Förderung der Weiterbildung für Beschäftigte in KMU. Die Förderung von bis zu 100% der Seminarkosten wird sehr gut nachgefragt und nützt Beschäftigten wie Betrieben.
- Fortsetzung der Modernisierung der Berufsbildungsstätten. Jährlich werden über eine Million EUR Investitionszuschüsse für die Zukunftssicherung der Berufsbildungsinfrastruktur und der Fachkräfteaus- und Weiterbildung zur Verfügung gestellt. Dadurch können Betriebe, Beschäftigte, Auszubildende und Arbeitslose in modernen Berufsbildungsstätten geschult werden, die gut für die Bedarfe der regionalen Wirtschaft gerüstet sind.
- Entwicklung und Etablierung einer landesweiten Weiterbildungsdatenbank zur Transparenzverbesserung des Weiterbildungsmarktes (www.sh.kursportal.info). In dem Portal sind - im Gegensatz z.B. zu der Datenbank der Bundesagentur für Arbeit - auch alle Weiterbildungsangebote der politischen Bildung aufgeführt.

- Verbesserung der Konditionen der Förderung der Aufstiegsfortbildung („Meister-BAFöG“), die im Rahmen der Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes seitens des Landes unterstützt werden. Für die Förderung der Aufstiegsfortbildung stellt die Landesregierung bereits jetzt jedes Jahr durchschnittlich rund 1,3 Millionen EUR allein aus Landesmitteln zur Verfügung.
- Weitere Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Gebildete. Die Meisterprüfung und andere, als gleichwertig festgestellte, abgeschlossene berufliche Aufstiegsfortbildungen qualifizieren seit 2008 zum Studium an den Hochschulen in Schleswig-Holstein.

Die gute Infrastruktur der Weiterbildung in Schleswig-Holstein trägt durchaus Früchte. Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sind lernaktiver als im Bundesdurchschnitt: 76% der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gaben an, dass sie sich im Jahr 2007 in irgendeiner Form weitergebildet haben. Es beteiligen sich auch wieder mehr Erwerbstätige an Weiterbildung, und die Betriebe unterstützen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei wieder stärker als in der Vergangenheit. Das ergibt sich aus der repräsentativen Erhebung über die Weiterbildungsbeteiligung der Erwachsenen in Schleswig-Holstein, die das MWV im Rahmen des bundesweiten Berichtssystems Weiterbildung hat durchführen lassen.

Aufgrund der erheblichen Bemühungen des Landes und auf Bundesebene - auch durch die im Rahmen des Konjunkturpakets II geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Förderung der Weiterbildung - besteht zurzeit ein umfassendes, individuelles und institutionelles Finanzierungssystem der Weiterbildung. Dies ist zwar auf Förderung der beruflichen Weiterbildung fokussiert, steht jedoch bezogen auf die infrastrukturellen Ansätze allen Weiterbildungsinteressenten zur Verfügung.

5.1 Bildungsfreistellung

Das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz (BFQG) für das Land Schleswig-Holstein bietet Beschäftigten eine über die betrieblich notwendige Anpassungsqualifizierung hinausgehende Möglichkeit der Weiterbildung. Ziel des BFQG ist eine Beförderung der Weiterbildung in den Bereichen allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung, um sie als vierte Säule des Bildungssystems neben Schule, beruflicher Erstausbildung im dualen System und Hochschule in Schleswig-Holstein zu etablieren. Schleswig-Holstein hat mit dem BFQG ein Gesetz, das in weiten Teilen

den Weiterbildungsgesetzen anderer Länder entspricht. Ergänzt wird es durch das Weiterbildungskonzept 2007 der Landesregierung (siehe oben).

Von in den Jahren 2004 bis 2007 insgesamt 11.088 anerkannten Veranstaltungen im Rahmen der Bildungsfreistellung sind 2.935 (= 26%) dem Bereich der politischen Bildung (im weiten, integrativen Sinn) zuzuordnen.

Themenbereich	Anzahl der anerkannten Veranstaltungen
Arbeitswelt	577
Frauen	139
Gesellschaft/Geschichte	648
Außenpolitik	4
Innenpolitik	174
Sonstige politische Themen	555
Europa	254
Soziales	140
Umwelt	444
Gesamt	2.935

Die meisten Bildungsfreistellungsveranstaltungen der politischen Weiterbildung beschäftigen sich mit dem Themenbereich Gesellschaft/Geschichte, gefolgt von der Arbeitswelt und sonstigen politischen Themen.

5.2 Politische Bildung an Volkshochschulen

Politische Bildung an Volkshochschulen wird bundesweit statistisch erfasst in dem VHS-Programmbereich „Gesellschaft - Politik - Umwelt“. Dies verdeutlicht die Schnittmengen zwischen einer traditionellen politischen Bildung, der Umweltbildung und der Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Fragestellungen. Darüber hinaus ist politische Bildung Querschnittsaufgabe und integrativer Bestandteil z.B. in Maßnahmen für Jugendliche, in der kulturellen Bildung, in Einzelveranstaltungen, in regionalen und lokalen Kooperationsvorhaben.

Im gesamten Programmbereich wurden im Jahr 2007 an Volkshochschulen durchgeführt:

Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Belegungen/Besucher
1.085 Einzelveranstaltungen	2.170	31.995

1.553 Kurse	24.692	18.939
363 Studienfahrten	1.848	8.556
75 Studienreisen	4.143	1.963
28 Ausstellungen		7.408

Betrachtet man den „engeren“ politischen Bildungsbereich mit den Teilgebieten Geschichte und Zeitgeschichte, Politik, Heimatkunde und fächerübergreifende Angebote, so ergeben sich folgende Leistungszahlen:

Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Belegungen
458	7.120	6.413

Aktivitäten des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V.

Aus den vielfältigen Angeboten und Vorhaben des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. (LVVHS) werden exemplarisch einige Punkte aufgeführt. Aus der beispielhaften Aufzählung wird bereits deutlich, dass die Arbeit im Bereich der politischen Bildung vielfach nicht oder nur ungenau in Kennzahlen wie Unterrichtsstunden oder Belegungen dargestellt werden kann.

- Bis Ende 2008 wurden der LVVHS und die Landeszentrale für politische Bildung in Personalunion durch den Verbandsdirektor geführt. Die Kooperationen zwischen beiden Einrichtungen werden auch darüber hinaus fortgesetzt.
- Das Thema Integration ist weiterhin ein wichtiges Themen- und Aufgabengebiet für den LVVHS und die Volkshochschulen. Die Arbeit umfasst alle Angebote zur sprachlichen Integration, begleitende Maßnahmen, Beratung, Zusammenarbeit mit Migrationssozialberatungsstellen, Kontakte zum IM, zu den Arbeitsagenturen, zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Hervorzuheben ist insbesondere die Durchführung des Einbürgerungstests für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen. Der LVVHS ist zentrale Prüfstelle für Schleswig-Holstein. Dadurch steht der Landesverband in engem Kontakt zu den Integrationssprachkursträgern. In Zusammenarbeit mit dem IM und den türkischen Gemeinden in Schleswig-Holstein wurden Informationsveranstaltungen durchgeführt.

- Im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes besuchen die Teilnehmenden einen „Orientierungskurs“ zur Vermittlung von Kenntnissen über Gesellschaft, Geschichte, Kultur und Rechtsordnung. Die inhaltliche Ausgestaltung dieser Kursangebote wurde auf mehreren Workshops diskutiert und erarbeitet. Inzwischen liegt für den Orientierungskurs wie auch für die Vorbereitungskurse auf den Einbürgerungstest ein bundeseinheitliches Curriculum vor (siehe auch Kapitel 5.5).
- Der LVVHS ist im Vorstand der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten mit einem Mitglied vertreten.
- Die strategische Partnerschaft in EU-geförderten EQUAL-Projekten (zuletzt „Land in Sicht“ und „NOBI - Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten“ besteht weiterhin.
- Die Mitgliederversammlung des LVVHS im Jahr 2009 stellt das Thema „Historisch-politische Bildung“ - ergänzt durch eine Ausstellung - in den Mittelpunkt der Tagung.

Aktivitäten von Volkshochschulen

Politische Bildung vor Ort geschieht in ganz unterschiedlichen Formen. Dazu können Studienfahrten in den Landtag ebenso gehören wie Geschichtswerkstätten, Veranstaltungen zum Wahlrecht oder Ausstellungen zum Widerstand im Nationalsozialismus. Häufig finden Veranstaltungen zu einem aktuellen Datum und/oder in Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Einrichtungen oder Trägern statt. Auch hier sind exemplarisch einige typische Veranstaltungen aufgeführt:

- Das Thema „60 Jahre Bundesrepublik“ wird z.B. von Volkshochschulen im Kreis Pinneberg gemeinsam mit einem Seminar zum Grundgesetz, Vorträgen und der Ausstellung „Bereits Gras über der deutsch-deutschen Grenze“ aufgegriffen. „60 Jahre Bundesrepublik“ sind Anlass für die Beteiligung des LVVHS und der Volkshochschulen an einem Projekt des sh:z-Verlages - verbunden mit dem Aufruf an Geschichtswerkstätten, Schreibwerkstätten und alle Interessierte, über Erlebtes zu berichten.
- Die Kreis-Volkshochschule Plön organisiert seit vielen Jahren das Projekt „Spurensuche“, in dem Bürgerinnen und Bürger der Probstei ihre Erinnerungen er-

zählen, aufschreiben und als Broschüre veröffentlichen. Inzwischen ist der 34. Band der Spurensuche erschienen.

- Die Volkshochschule Brunsbüttel zeigte u.a. die Ausstellung „Die weiße Rose“ und organisierte die fachkundige Begleitung für Schulklassen.
- Stadtgeschichtliche Vorträge, Stadtrundgänge zu Themenschwerpunkten und Exkursionen tragen dazu bei, die Geschichte der eigenen Stadt, aber auch Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik besser zu verstehen.

5.3 Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten

Die Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlich zugänglichen Weiterbildung, insbesondere in den Bereichen der Orientierung und Reflexion, Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie der Medienkompetenz. Sie verhelfen dazu, die Anforderungen des modernen Lebens besser zu bewältigen. Fünf Bildungsstätten erhalten zurzeit aufgrund einer Förderrichtlinie der Staatskanzlei institutionelle Zuwendungen: die Akademie Sankelmark/Europäische Akademie Schleswig-Holstein, die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, die Nordsee Akademie Leck, das Nordkolleg Rendsburg sowie die akademie am see. Koppelsberg. Die Förderung dient der Sicherung und Kontinuität der Erwachsenenbildung und deren Infrastruktur und schafft damit die Grundlagen für die Teilhabe an Weiterbildung. Ziel ist ein plures, bedarfsgerechtes und flächendeckendes Weiterbildungsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger und dessen dauerhafte Existenz.

Die Richtlinie, die aus dem Bildungsstättenförderkonzept von 1998 erwachsen ist, umfasst eine Basisförderung sowie eine Förderung nach Teilnehmertagen. Damit sollen die Verstetigung der Angebote und der Auslastung, die Qualitätssicherung und Nachfrageorientierung der Angebote sowie die Erhöhung der Eigenwirtschaftlichkeit der Bildungsstätten durch unternehmerisches und wirtschaftlich erfolgreiches Handeln erreicht werden. Die Entwicklung der einbezogenen Bildungsstätten, die gleichzeitig staatlich anerkannte Träger der Weiterbildung sind, hat sich in den vergangenen Jahren positiv gestaltet: Die Zahl der Eigenveranstaltungen, die Teilnehmertage sowie der Kostendeckungsgrad haben sich von 2005-2007 um rund 10% erhöht, der Auslastungsgrad sogar um knapp 20%. Für das Jahr 2008 liegen die Zahlen bei ca. 1.330 Eigenveranstaltungen, bei einem Auslastungsgrad von rund 50%, bei rund 79.300 Teilnehmertagen und einem Kostendeckungsgrad von 72%.

Deutscher Grenzverein e.V.

Der Deutsche Grenzverein e.V. (DGV) besteht seit dem Jahre 1919 und ist damit der älteste Grenzverband im Norden Deutschlands. Die Ziele des DGV wurden und werden zwischenzeitlich jeweils den aktuellen Herausforderungen angepasst: Durch Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen sowie durch Begegnungen soll das Verständnis und Vertrauen der Menschen in der deutsch-dänischen Grenzregion untereinander gefördert sowie die kulturelle, politische und wirtschaftliche Leistungskraft der Region gestärkt werden. Der kulturelle, wirtschaftliche und politische Austausch zwischen dem skandinavisch-baltischen Kulturkreis des Nord- und Ostseeraumes und Mitteleuropa soll gefördert und gestärkt werden. Jugendliche und Erwachsene sollen bei ihrer Orientierung in ihrem sozialen, kulturellen und politischen Umfeld sowie bei der Übernahme von Verantwortung unterstützt werden.

Der DGV betreibt in eigener Verantwortung die drei Bildungsstätten Akademie Sankelmark in Oeversee bei Flensburg, die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg in Quern bei Flensburg und die Nordsee Akademie/Heimvolkshochschule Leck in Leck (siehe dazu die folgenden Beiträge). Als Trägerverein will der DGV das wirtschaftliche und politische Profil der Region stärken und Toleranz in den vielfältigen Begegnungen fördern. Dabei fühlt sich der DGV besonders dem Schutz und der Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen und der Freiheit des Bekenntnisses zu einer nationalen Minderheit verpflichtet (siehe auch Kapitel 4.2). Auf der Grundlage der nationalen Verfassung und der Europäischen Union sollen freiheitliche demokratische Lebensformen und völkerverbindende Zusammenarbeit erhalten und fortgesetzt werden. Mit den unterschiedlichen Bildungsangeboten der Bildungsstätten will der DGV auch eine besondere kulturelle Identität und damit die Attraktivität dieser Region stützen.

Akademie Sankelmark/Europäische Akademie Schleswig-Holstein

Die Akademie Sankelmark und die Europäische Akademie Schleswig-Holstein sind zwei Erwachsenenbildungseinrichtungen, die im Tagungszentrum Sankelmark eng zusammenarbeiten. Sie bieten Seminare, Tagungen und Workshops an, die in der Regel für alle Interessierten offen sind und die ein Publikum erreichen, das über Schleswig-Holstein hinaus das nördliche Deutschland und das südliche Skandinavien umfasst. Seit der Gründung 1952 haben dort mehr als 400.000 Gäste an Veranstaltungen teilgenommen. Die Akademie Sankelmark (in Trägerschaft des DGV) kon-

zentriert sich auf politische und kulturelle Themen der Region Sønderjylland/Schleswig, des Landes Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik Deutschland. Dabei geht es vornehmlich um

- die Ausgestaltung des demokratischen Zusammenlebens in Gesellschaft und Politik sowie
- Geschichte, Kultur und Religion, Literatur und bildende Kunst als ethische Grundlagen unserer Gesellschaft.

Die Europäische Akademie Schleswig-Holstein setzt ihren inhaltlichen Schwerpunkt bei politischen und kulturellen Themen Europas mit dem besonderen Akzent auf dem Ostseeraum. Die Europäische Akademie Schleswig-Holstein wurde 1974 gegründet und wechselte ihren Standort im Jahr 1999 von Leck nach Sankelmark. Die Arbeit der Europäischen Akademie basiert auf

- der Europa-Akademie, die sich auf die europäischen Institutionen und auf Politik, Kultur und auf das Alltagsleben unserer europäischen Nachbarstaaten konzentriert sowie
- der Europäischen Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten, die im Netzwerk des Minderheiten-Clusters der Region Sønderjylland/Schleswig über Minderheitenprobleme und anhand von Best-Practice-Beispielen über Lösungsansätze für diese Probleme informiert.

Träger der Akademie ist der gemeinnützige Europäische Akademie Schleswig-Holstein e.V., zu dem sich Institutionen aus Deutschland, Dänemark und Belgien zusammengeschlossen haben.

Beide Akademien gemeinsam engagieren sich

- zusammen mit norddeutschen Zeitungsverlagen bei der Aus- und Fortbildung von Journalistinnen und Journalisten,
- zusammen mit der Universität Flensburg und der flensburg.school for Advanced Research Studies bei der wissenschaftlichen Weiterbildung und
- zusammen mit der Lübecker Academia Baltica bei der Zusammenführung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den EU-Beitrittsländern Osteuropas mit Deutschen.

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg (in Trägerschaft des DGV) bietet Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Multiplikatoren Seminare, Foren und Werkstätten mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen in neuen Zusammenhängen an (siehe auch Kapitel 4.7). In den drei- bis 14-tägigen Veranstaltungen geht es darum, eigene Positionen zu finden, zu reflektieren und sie gegenüber anderen zu definieren. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen in der Auseinandersetzung mit dem eigenen Lebensentwurf, mit ihren Ängsten und Hoffnungen und in ihrer Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen gestärkt und unterstützt werden – zur Übernahme von Verantwortung und zur Vorbereitung auf Partizipation in den verschiedensten Lebensbereichen.

Im Rahmen der politischen Bildung besteht eine besondere Herausforderung darin, explizit jugendspezifische „Zugänge“ anzubieten - in besonderem Maße deshalb, weil diese Bildungsangebote in freier Ausschreibung Jugendliche zur Teilnahme motivieren sollen. Diese Teilnahmewerbung gelingt auf dem Scheersberg sehr erfolgreich. So schaffen etwa interkulturelle Begegnungen Akzeptanz für kulturelle Vielfalt und fördern Toleranz. Das Ansetzen an Stärken, Interessen und Fähigkeiten der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglicht die Integration junger Menschen, führt zu gesellschaftlicher Anerkennung und Selbstvertrauen.

Ein reizvolles interkulturelles Projekt hat der Scheersberg in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein, der Landesarbeitsgemeinschaft Spiel Schleswig-Holstein e.V., dem Flensburger Jugendring, dem Verein „Flensburger Norden“ und dem Schulzentrum Flensburg-Nord 2008 durchgeführt. Im Zentrum stand dabei neben der Durchführung von Fachforen ein interkulturelles Theaterprojekt mit 24 Jugendlichen aus elf Nationen. Das Projekt wurde durch ein erstmaliges neues Netzwerk von Sponsoren, Institutionen, Künstlern und Pädagogen getragen und durchgeführt.

Einer der Schwerpunkte des Scheersbergs liegt darüber hinaus in der Durchführung von großen internationalen Studentenakademien mit Teilnehmenden aus ganz Europa und in der Durchführung von internationalen Jugendbegegnungen. Diese Projekte finden teilweise mit einem konstanten Teilnehmerkreis statt und zeichnen sich zudem dadurch aus, dass sie nicht nur auf dem Scheersberg stattfinden, sondern auch in den Partnerländern selber. Bei diesen Veranstaltungen geht es um den Vergleich von Jugendkulturen, um Identifikation, Normen und Werte, um Auseinandersetzungen mit

der aktuellen Zeitgeschichte, um internationale Beziehungen besonders im Rahmen der deutsch-polnischen Geschichte sowie um Fragen der europäischen Integration. Zum regelmäßigen Angebot auf dem Scheersberg gehören Seminare in Zusammenarbeit mit Schulen in Schleswig-Holstein wie etwa „Aktion Europa“. Die Seminar-Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich zuvor im WiPo-Leistungskurs der Euro-paschule auf das Thema „Europäische Union“ vorbereitet. Ein zweites Beispiel: In diesem Jahr jährt sich der Fall der Mauer zum 20. Mal. Anlass genug, Jugendlichen in dem Projekt „Abenteuer Freiheit“ Ende 2008 die Chance zu bieten, sich mit der jüngsten deutschen Vergangenheit zu beschäftigen. Im Mittelpunkt der lebendigen Kooperationsveranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft Berlin standen Befragungen von Zeitzeugen in Ost und West sowie die Analyse von Nationalhymnen, Spielfilmen und Dokumenten.

Politische und kulturelle Bildung bilden auf dem Scheersberg eine Einheit: Im Mai 2009 trafen sich 160 junge Menschen des Freiwilligen Sozialen Jahres Kultur aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen unter dem Titel „jungesleben - made in Germany“, mit rund 20 Künstlerinnen und Künstler auf dem Scheersberg und arbeiten in unterschiedlichsten Kreativwerkstätten an einer Hommage an ein 20-jähriges Gesamtdeutschland.

Nordsee Akademie Leck

Im Bereich der politischen Bildung hat die Nordsee Akademie/Heimvolkshochschule Leck (in Trägerschaft des DGV) in ihren ein- bis mehrtägigen Bildungsangeboten sowohl einen regionalen als auch einen europäischen Schwerpunkt, so z.B. mit ihren Studienaufenthalten in Kooperation mit diversen Verbänden mit dem Schwerpunkt „Natur - Wirtschaft - Kultur“. Ziel dieser Kooperationen ist es, die Akteure aus Natur, Kultur, Wirtschaft zusammenzubringen, vorhandene Aktivitäten enger zu verknüpfen, sowie neue Angebote und Projekte zu entwickeln. Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Seminare sind vor allem berufständische und kommunale Gruppen, die die Besonderheiten und Zusammenhänge in der Grenzregion, Minderheitenpolitik und wirtschaftliche Entwicklungen vor Ort erfahren und mit regionalen Vertreterinnen und Vertretern diskutieren möchten.

Die erfolgreiche Reihe der Gemeindefeminare für Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg unterstützt die systemati-

sche und fortlaufende Weiterbildung der Mandatsträgerinnen und -träger in den Gemeindevertretungen. Fundierte Sachinformation, Austausch und Diskussion zu aktuellen kommunalpolitischen Themen helfen Sachentscheidungen vorzubereiten und den Aufbau von Netzwerken zu fördern.

In gemeinsamer Trägerschaft mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz ist an der Nordsee Akademie die „Datenschutzakademie“ angesiedelt. In Leck als dem Kompetenzzentrum an der Westküste werden mehrtägige Seminare zum Thema Datensicherheit/Datenschutz angeboten.

Der steigenden Nachfrage nach personalen Kompetenzen wird die Nordsee Akademie durch die einjährige Ausbildung zur Mediatorin und zum Mediator gerecht. Neben Seminaren zum Erwerb von Soft Skills (Konfliktregelung, Rhetorik, Selbstmanagement) und für spezielle Zielgruppen konzipierte Seminare (Selbstsicherheitstraining, Work-Life-Balance, Bewegung, frauenspezifische Themen etc.) wird eine Fortbildung zur „Systemischen Beratung“ über ein Jahr angeboten.

Der vierwöchige internationale Sommerkurs mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Europa findet in der Nordsee Akademie alljährlich statt und begleitet beispielhaft den Prozess der europäischen Einigung und Erweiterung. Der Netzwerkgedanke und die interkulturelle Kommunikation stehen dabei im Vordergrund. Durch Begegnungen, Informationen und Diskussionen werden die Studierenden angeregt, sich mit ihrer individuellen Lebenssituation und der gesellschaftlichen Wirklichkeit Europas auseinander zu setzen.

In der jährlich stattfindenden Sommerakademie werden die Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens zu einem jeweiligen Schwerpunktthema gemeinsam erarbeitet und diskutiert. Die Dozentinnen und Dozenten sind namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Gelehrte sowie Autorinnen und Autoren, die sich aus ihren unterschiedlichen Disziplinen der Philosophie, der Soziologie, Theologie, Literatur und Kunst dem Thema nähern.

Nordkolleg Rendsburg

Das Nordkolleg Rendsburg hat als gGmbH im Zuge der vom Land Schleswig-Holstein gewünschten inhaltlichen Abgrenzung der institutionell geförderten Bildungsstätten den Schwerpunkt kulturelle Bildung herausgebildet. Musik, Literatur & Medien, Sprachen & Kommunikation sowie zukünftig auch der Bereich der Kulturwirtschaft stehen im Zentrum der Angebote des Nordkollegs.

In diesem Rahmen bietet das Nordkolleg regelmäßig Seminare und Tagungen der kulturpolitischen Bildung an. Darüber hinaus sind insbesondere die Angebote der interkulturellen Bildung stark nachgefragt. Dies gilt sowohl für Teilnehmende aus den skandinavischen Ländern als auch für deutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die interkulturelle Angebote zu den Ländern im Ostseeraum wahrnehmen.

Als zertifiziertes TestDaF-Zentrum in Schleswig-Holstein hält das Nordkolleg ein Angebot vor, welches eine Bedeutung in der ausbildungs- und studiumsinitiierten Migration hat.

Der Fachbereich Kultur & Gesellschaft bietet weiterhin gemeinsam mit Kooperationspartnern insbesondere aus dem kommunalpolitischen Umfeld Seminare und Tagungen der politischen Bildung an. Ferner ist geplant, zukünftig mit einem Anbieter politischer Bildung eine Kooperationsvereinbarung zu schließen. In diesem Zuge sollen die mehrtägigen Projekte der politischen Bildung am Nordkolleg durchgeführt werden.

akademie am see. Koppelsberg

Die akademie am see. Koppelsberg (in Trägerschaft des Ev. Landvolkshochschule Koppelsberg e.V.) hat die beschriebenen Schwerpunkte aus dem Bericht zur politischen Bildung aus der Fassung von 2004 fortgesetzt und weiter entwickelt. Im Wesentlichen will sie in ihren Seminaren erreichen, dass sich Bürgerinnen und Bürger des Landes aktiv an der Gesellschaft beteiligen und sich einbringen. Toleranz, Meinungsbildung, soziale Kompetenzen und Kritikfähigkeit werden bei dem Großteil der Seminare gefördert und in den Mittelpunkt gestellt.

Ein Arbeitsbereich der akademie am see. Koppelsberg stellt die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements dar. So finden beispielsweise seit dem Jahr 2003 regelmäßig Qualifizierungen zu seniorTrainerinnen und seniorTrainern sowie Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt. Hier werden zumeist ältere Menschen angesprochen, die sich nach ihrer beruflichen Laufbahn ehrenamtlich engagieren und ihr Erfahrungswissen in die Gesellschaft einbringen wollen.

Aus der Tradition heraus will die akademie am see. Koppelsberg Familien stärken. Generationsübergreifendes lernen, Toleranz im Umgang miteinander, der Abbau von Vorurteilen stehen dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Begegnung und Integration von „Minderheiten“ (z.B. Menschen mit geistigen, seelischen und/oder Lernbehinderungen). Daneben werden Seminare speziell für Kinder und Jugendliche angeboten,

in denen das Erleben von anderen Gesellschaftsformen, von Geschichte und Kultur (z.B. Steinzeit, Mittelalter) eine zentrale Bedeutung erhält, aber auch die Bildung von Meinungen, die Stärkung des Selbstbewusstseins, soziale Kompetenzen und Teamarbeit eine Rolle spielen. Des Weiteren bietet die akademie am see. Koppelsberg Seminare speziell für Frauen und Mädchen an und zielt dabei auf die Verbesserung ihrer Stellung in der Gesellschaft ab.

Im Bereich des interkulturellen Lernens haben in den letzten Jahren einige Seminare speziell für junge Menschen und Familien stattgefunden. Der Bereich soll zukünftig weiter ausgebaut werden.

Die akademie am see. Koppelsberg befindet sich im „Naturerlebnisraum Koppelsberg“. Nicht nur deshalb stellt die Natur- und Umweltbildung einen weiteren Schwerpunkt ihres Bildungsangebotes dar. Den Seminarteilnehmenden soll ein tieferes Naturverständnis und ein verantwortungsbewusster Umgang mit ihrem Lebensraum vermittelt werden. In diesem Bereich fanden auch Kooperationen mit der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein statt.

Academia Baltica

Auftrag und Ziel der Academia Baltica ist die Förderung partnerschaftlicher Zusammenarbeit im Ostseeraum und in Ostmitteleuropa, die Vermittlung der europäischen Geschichte und Kultur sowie die Verständigung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn in Mittel- und Osteuropa. Die Akademie ist eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit. Sie versteht sich als Forum für den Austausch und die Begegnung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Vertretern von NGOs, Wissenschaftlern, Studierenden und allen am Ostseeraum und den Staaten Mittel- und Osteuropas Interessierten. Ihr Aufgabenbereich deckt die Staaten des Ostseeraums, die neuen Mitgliedsstaaten der EU in Mittel- und Osteuropa sowie die östlichen Nachbarn der erweiterten EU ab.

Im Mittelpunkt der Akademiearbeit stehen die normativen Grundlagen des neuen Europa. Dazu gehören gemeinsame Werte und kulturelle Traditionen des vereinten Europa, womöglich unterschiedliche Auffassungen über die Essenz von Demokratie und schließlich Vorstellungen über die politische Zukunft des Kontinents. Insbesondere vergleicht die Academia Baltica Vorstellungen im „alten Europa“ mit Diskursen im „neuen Europa“ und will so letztlich die Frage beantworten, ob Europa mehr ist als die Summe seiner Nationalstaaten.

Die Veranstaltungen der Akademie in Form von Tagungen, Seminaren, Vorträgen, Studienreisen, E-Learning, Sommerkursen und Werkstätten vermitteln nicht nur Informationen über Europa und den Ostseeraum. Da zwischen einem Viertel und einem Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Akademieveranstaltungen aus anderen EU-Staaten und den östlichen Nachbarländern der EU kommen, macht die Academia Baltica den europäischen Gedanken durch direkte Begegnungen vor Ort greifbar. Jedes Jahr nehmen an den Veranstaltungen der Akademie Menschen aus durchschnittlich 15 europäischen Staaten teil. Auf den Veranstaltungen der Akademie wird nicht nur über Europa gesprochen - hier treffen sich Europäerinnen und Europäer zum gemeinsamen Diskurs.

Heimvolkshochschule Jarplund

Die Aufgaben der Heimvolkshochschule liegen in der Verbreitung der politischen und kulturgeschichtlichen Entwicklung des Grenzlandes und der Vermittlung der multikulturellen Vielfaltigkeit des Landesteiles. Seit 2000 hat die HVHS Jarplund ein Jugendbildungsprogramm „Cultures in Dialog“ entwickelt, das Jugendliche aus Skandinavien und Osteuropa einen vier Monate dauernden Bildungsaufenthalt im deutschen Grenzland ermöglicht. Schwerpunkte des Unterrichts sind deutsch-dänische Begegnungen, insbesondere der Dialog zwischen Mehrheiten und Minderheiten in der Region. Seminare und Weiterbildungsprogramme des Dansk Skoleforening for Sydslesvig finden zunehmend in der HVHS Jarplund statt. Insgesamt besuchen jährlich ca. 4.300 Menschen die Heimvolkshochschule.

5.4 Parteinahе Träger und Einrichtungen politischer Bildung

Hermann-Ehlers-Akademie

Die Hermann-Ehlers-Akademie konnte auch in den vergangenen Jahren ihre öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienfahrten und Foren erfolgreich fortsetzen. Die Akademie ist jetzt das Forum zur Erörterung von Grundfragen deutscher Politik im Norden. Diese werden im Geiste und Prinzip von Hermann Ehlers im Verständnis christlicher Humanität und norddeutscher Liberalität behandelt. Expertinnen und Experten aus allen Bereichen erörtern offen Möglichkeiten für Lösungen aktueller und grundsätzlicher Fragen und empfehlen sie dem Handelnden zur freien Auswahl. Seit 2008 präsentiert sich die Akademie „im neuen Gewand“ und unter neuer Leitung. Im selben Jahr hat sie mit mehreren Veranstaltungen in der

Hansestadt Lübeck im geschichtsträchtigen Kaufmannshaus „Dat Hoghehus“ ihren Wirkungsbereich erfolgreich ausgeweitet.

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Eine ebenfalls beeindruckende Bilanz der letzten Jahre konnte die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte ziehen, die stolz den Namen des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten führt und sich seinem politischen Wirken verpflichtet fühlt. Jährlich wirbt sie mit weit über 30.000 Programmheften, die breit an Interessierte im ganzen Land verteilt werden, für ihre Seminare, Veranstaltungen und Studienreisen. Diese stehen auch für Interessierte aus ganz Deutschland und den EU-Staaten offen. Die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte hat in den letzten Jahren über die Hälfte ihrer Seminare neu angeboten und auch die Konzeption der übrigen überarbeitet und aktualisiert. Dabei ist sie mit ihren Angeboten über den Bereich der Politik hinausgegangen und hat sich erfolgreich in die Bereiche Kulturgeschichte, Kunst und Literatur, EDV und Meditation gewagt.

Friedrich-Naumann-Stiftung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung ist die Stiftung für liberale Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie will dazu beitragen, dem Prinzip Freiheit in Menschenwürde in allen Bereichen der Gesellschaft Geltung zu verschaffen. Von Lübeck aus betreibt sie liberale Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Dazu bietet sie vielfältige Veranstaltungen und Foren für den Austausch von Informationen und Erfahrungen mit dem Ziel, Politik besser verständlich zu machen und die Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung am politischen Prozess zu gewinnen. Das Regionalbüro Lübeck setzt dabei besonders auf die Vermittlung von Handlungskonzepten im demokratischen System. Damit wird angeregt, erworbene Kenntnisse im politischen Engagement zu nutzen.

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein steht mit ihrem Bildungswerk anderes lernen dem „Bündnis 90/Die Grünen“ nahe. Mit ihren Angeboten, Seminaren und Studienfahrten konzentriert sich die Stiftung auf die Aufgabe der Förderung demokratischer Entwicklungsprozesse und der Geschlechtergerechtigkeit. Die Stiftung setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Diskussion und Einmischung Vorrang vor autoritären Entscheidungen und Desinteresse haben. Die politische Bildungsarbeit der Stif-

tung ist daher handlungs- und prozessorientiert unter Berücksichtigung lokaler und globaler Aspekte. Themenfelder der Projekte und Veranstaltungen sind Frieden und interkulturelle Verständigung, Lernen aus der Vergangenheit, zukunftsfähige Gesellschaft und natürlich aktuelle Politik.

Verband politischer Jugend Schleswig-Holstein

Unter dem Dache des Verbandes politischer Jugend Schleswig-Holstein (VPJ) haben sich folgende politische Jugendorganisationen zusammengeschlossen: JUSO, JU, JULi's, GAJ, und SSW-U, deren Mitgliedschaft aber seit 2004 ruht. Parteiübergreifend wird politische Bildung betrieben. Die politischen Jugendorganisationen bieten zahlreiche Veranstaltungen an, die sich in wahlfreien Jahren auf aktuelle politische Themen konzentrieren, in Wahljahren besonders auf die anstehenden Wahlen. Hauptanliegen des VPJ ist es, junge Menschen zur Mitarbeit im demokratischen Spiel der politischen Kräfte zu bewegen. Es geht also nicht um Werbung neuer Mitglieder für die einzelnen Verbände, sondern um die Förderung der aktiven Beteiligung von Jugendlichen an demokratischen Prozessen. Dabei werden diese in ihrem eigenen Umfeld angesprochen um Berührungspunkte zu vermeiden.

5.5 Thematische Schwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung, Entwicklungspolitik, Umwelt

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro 1992 mit der Festlegung der Agenda 21, der Festlegung des Ziels der „nachhaltigen Entwicklung“, dem Weltgipfel von Johannesburg 2002 und der Ausrufung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014 ist die BNE zu einem Schwerpunkt der Bildung des 21. Jahrhunderts geworden. „Nachhaltige Entwicklung“ bedeutet, dass soziale, weltweite Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen hohe ökologische, ökonomische und soziokulturelle Standards in den Grenzen der Tragfähigkeit des Umweltraumes erreicht werden soll. Der Bildungsauftrag für eine nachhaltige Entwicklung beinhaltet u.a. die Vermittlung von Wissensinhalten und Qualifikationen (= Kompetenzen), die die Mitglieder einer Gesellschaft in die Lage versetzen,

- globale Entwicklungen in ihrer Komplexität zu erfassen und zu analysieren,
- in die Entwicklung dieser komplexen Systeme einzugreifen, um sie im Sinne der Nachhaltigkeit zu steuern,

- eigene Normen und Werte zu erkennen und zu hinterfragen,
- die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteure nachzuvollziehen sowie
- Lösungen zu gestalten, die zukunftsfähig sind und die Bedürfnisse aller einbeziehen.

Der Zusammenhang zwischen Politik, Bildung und Nachhaltigkeit liegt auf der Hand: Wo es erstens um einen weit reichenden mentalen Wandel geht, werden Prozesse veränderter Bewusstseinsbildung der Individuen nötig, und diese sind nur über das Lernen zu verwirklichen.

In der Agenda 21 werden nicht nur die politisch-administrativen Systeme als Akteure und Gestalter der Zukunft gesehen, sondern Nachhaltigkeit wird als ein gesellschaftliches Projekt begriffen, an dessen Gestaltung sich aufgrund der Komplexität Akteure aus Politik und Wirtschaft, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen sowie Individuen beteiligen müssen. Wo Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen erwartet wird, geht es um politische Bildung.

Die außerschulische Umwelt- und entwicklungspolitische Bildung greifen den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung auf. Dies geschieht durch zahlreiche Maßnahmen wie z.B. Veranstaltungen, Angebote mit BNE-Aspekten, Gesprächs- und Arbeitskreise.

Seit dem Beginn der „UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014“ werden viele Maßnahmen zur BNE unter diesem Dach gebündelt. Seit 2007 finden jährliche Aktionstage zur Unterstützung der UN-Dekade BNE in Schleswig-Holstein mit den unterschiedlichsten Akteuren statt.

Zukünftig wird in diesem Zusammenhang das Thema „Klimawandel/Klimaschutz/ Klimagerechtigkeit“ eine immer größere Bedeutung entfalten. Insofern wird bei den Angeboten der Umwelt- und entwicklungspolitischen Bildung verstärkt darauf geachtet, dass sowohl die Zusammenhänge als auch die eigenen Handlungsmöglichkeiten für den Klimaschutz bewusst gemacht werden.

Entwicklungspolitische Bildung

Die entwicklungspolitische Bildung in Schleswig-Holstein wird durch bestimmte Fördermaßnahmen von Modellprojekten und im Rahmen der BNE unterstützt. Im Schwerpunkt des Landesinteresses stehen schulische und kommunale Nord-Süd-

Partnerschaften. Die Einbeziehung von Menschen in Entwicklungsländern in partnerschaftliche Bildungsprojekte ist ein kleiner Beitrag zur Armutsbekämpfung, die die Vereinten Nationen in 2000 in den Millenniumszielen artikuliert haben und für deren Umsetzung auf nationaler Ebene die Bundesregierung die acht bis 2015 umzusetzenden Millenniumsziele aufgestellt hat. Gleichzeitig wird das Bewusstsein der Menschen hier für die globale Vernetzung und ihre Folgen im ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich mit dem Ziel entwickelt, Änderungen in der Wertevorstellung und im Verhalten herbeizuführen.

Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein

Die Akademie für Natur- und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein ist die zentrale Fort- und Weiterbildungseinrichtung des Landes im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) für alle Natur-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen. Die Akademie wendet sich überwiegend an Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden und an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus allen Bildungsbereichen, von der Kindertageseinrichtung bis zur Erwachsenenbildung. Wie bereits oben dargelegt, sind Umweltbildung und BNE in der Regel auch politische Bildung, da die Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung ein gesellschaftlicher Such- und Optimierungsprozess ist und es in diesen Bildungsbereichen darum geht, Kompetenzen und Wissen zu vermitteln, um sich verantwortlich an diesem Prozess beteiligen zu können.

Die Vermittlung von Wissen (z.B. über die Tragkapazität ökologischer Systeme, über Naturphänomene, über verschiedene Lösungsansätze ökologischer in Verbindung mit ökonomischen und sozialen Fragestellungen) und Kompetenzen (z.B. Bewertungskompetenz, Handlungs- und Gestaltungskompetenz, Methodenkompetenz) erfolgt über die ca. 100 Veranstaltungen, die jährlich durchgeführt werden.

Darüber hinaus erfüllt die Akademie für Natur und Umwelt eine wichtige Vernetzungs- und Beratungsfunktion zu den o.g. Themenfeldern. Die Info-Servicestelle Umweltbildung vernetzt die in der Umweltbildung Tätigen und stellt zunehmend auch den Kontakt zu den im Bereich Globales Lernen (bzw. entwicklungspolitische Bildung) Aktiven her. In Veranstaltungen, Arbeitskreisen und Gesprächsforen wird das pädagogische Konzept der BNE vermittelt, didaktisch-methodisches Handwerkszeug erarbeitet und werden gute Beispiele der BNE-Arbeit vorgestellt. Auch diese Aktivitä-

ten der Akademie tragen zur Stärkung der (informellen) Bildungsarbeit im Sektor der politischen Bildung bei.

Zuwanderung/Migration

Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurde erstmals ein Rechtsanspruch für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer auf einen Integrationskurs vorgesehen (siehe auch Kapitel 5.2). Der Kurs besteht aus einem Basis- und Aufbausprachkurs zur Erlangung ausreichender Sprachkenntnisse sowie einem Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und Geschichte in Deutschland. Nach der Evaluation der Integrationskurse wurde die Integrationskursverordnung zum 1. Januar 2008 geändert. Dabei wurde die Stundenzahl für den Orientierungskurs von 30 auf 45 Stunden erhöht. Um den unterschiedlichen Weiterbildungsbedarfen der Migrantinnen und Migranten Rechnung zu tragen, wurden darüber hinaus die Unterrichtsstundenzahl in den Sprachkursen für spezielle Zielgruppen (Jugend-, Frauen-/Eltern- oder Alphabetisierungskurse) von 600 auf 900 Stunden erhöht. Neu ist ebenfalls die Möglichkeit zur Wiederholung des Aufbausprachkurses, wenn der Sprachtest nicht erfolgreich war. Zur Sicherstellung eines flächendeckenden und bedarfsgerechten Kursangebots wurde die maximale Personenzahl einer Kursgruppe von 25 auf 20 Personen reduziert.

Durch das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz wurde der Einbürgerungstest als Voraussetzung für eine Anspruchseinbürgerung ab dem 1. September 2008 eingeführt. Mit dem erfolgreich bestandenen Einbürgerungstest werden die erforderlichen Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland nachgewiesen. Zur Vorbereitung auf den Einbürgerungstest können Einbürgerungskurse, die von den Volkshochschulen und sonstigen Institutionen angeboten werden, besucht werden. Eine Pflicht zum Besuch besteht jedoch nicht. Unter bestimmten Voraussetzungen muss ein Einbürgerungstest nicht abgelegt werden bzw. genügt als Nachweis ein deutscher Schulabschluss.

6 Hochschulen

Forschung und Lehre der Hochschulen in Schleswig-Holstein bilden die Grundlage für die Ausbildung von Lehrkräften wie auch von Dozentinnen und Dozenten in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Dies betrifft insbesondere die Fachwissenschaften, also Politische Wissenschaft, die Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Geschichte sowie die Fachdidaktiken. Aber auch eine Reihe anderer Fach-

richtungen, die vielfältige Bezüge zu Themen politischer Bildung aufweisen, sind betroffen. Insofern finden sich Aspekte politischer Bildung in sehr unterschiedlichen Studienfächern einschließlich der Naturwissenschaften, wie die folgende Darstellung von Aktivitäten der Hochschulen zeigt.

Das Angebot der Hochschulen geht zugleich über die unmittelbar studienbezogenen Lehraufgaben weit hinaus. In vielfältigen Formen wird mit Beiträgen zu aktuellen, politisch relevanten Fragestellungen ein breiter Interessentenkreis angesprochen. Mit ihrer Öffnung durch öffentliche Veranstaltungen und einem vielfältigen Lehr- und Informationsangebot erfüllen die Hochschulen einen gesellschaftlichen Auftrag.

Dies betrifft auch die Studierendenschaft, zu deren Aufgaben nach Hochschulgesetz die politische Bildung und die Förderung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins sowie der Bereitschaft zum Einsatz für die Grund- und Menschenrechte und zur Toleranz auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zählen. Diese Aufgabe wird von den Allgemeinen Studierendenschaften an den Hochschulen in vielfältiger Form in eigener Verantwortung wahrgenommen.

Im Einzelnen sind insbesondere folgende Aktivitäten der Hochschulen im Berichtszeitraum zu erwähnen:

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU)

Mit der Integration der Fächer Politikwissenschaft und Wirtschaft/Politik in das 2006 neu gegründete Institut für Sozialwissenschaften haben die Fachwissenschaften der politisch-ökonomischen Bildung und ihre Fachdidaktik an der CAU ein neues institutionelles Zentrum. Das Institut ist ein Brückeninstitut zwischen Philosophischer Fakultät und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Fakultät, es umfasst zwei Professuren für Soziologie, den Arbeitsbereich Friedens- und Konfliktforschung, die Katastrophenforschungsstelle, die neue eingerichtete Professur für Gender and Diversity, drei Professuren der Politikwissenschaft und die Professur für Wirtschaft/Politik und ihre Didaktik. Mit dieser Neustrukturierung und dem damit verbundenen Ausbau hat die (gesellschafts-)politische Bildung an der CAU ein umfassenderes Profil gewonnen, wobei früher bereits berichtete Forschungs- und Lehrschwerpunkte erhalten werden konnten. Angeboten werden drei unmittelbar für die politische Bildung in Schulen und für die Erwachsenenbildung relevante Studiengänge:

- der BA/MEd Studiengang Wirtschaft/Politik für das Lehramt an Gymnasien
- der BA/MA Studiengang Politische Wissenschaft

- der BA/MA Studiengang Soziologie

Im Fach Wirtschaft/Politik werden in der Lehre die politik-, wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagen politisch-ökonomischer Bildung und die Didaktik des Faches Wirtschaft/Politik vermittelt. Dabei legt das Institut großen Wert auf die Verschränkung von Theorie und praktischen Bezügen zur Schule und zu Wirtschaft und Politik (durch verbindliche Praktika).

Im Bereich der politischen und ökonomischen Bildung im engeren Sinne konzentriert sich die Forschung im Institut auf

- den Beitrag der politischen Theorie und der Wirtschaftswissenschaften zur politisch-ökonomischen Bildung,
- die Zusammenhänge von Internationaler Politik und Friedensforschung,
- die Bedeutung von Bürgersinn, Zivilgesellschaft und modernen Medien für die politische Bildung,
- die Zusammenhänge von Lebensverlaufsforschung und Berufs- und Studienwahl,
- Herausforderungen an Heranwachsende in den Lebenssituationen Konsum, Arbeit und Beruf und als Wirtschaftsbürger in Volks- und Weltwirtschaft,
- die bildungstheoretischen Grundlagen der Didaktik und der Methodik des Wirtschaft/Politik-Unterrichts sowie
- die Entwicklung von internetgestützten Lehr- und Lernangeboten und Materialien.

Durch Publikationen, Vortragsveranstaltungen innerhalb und außerhalb der Universität, Exkursionen (Bundestag, EU, NATO) sowie durch vielfältige Zusammenarbeit mit anderen Trägern politischer Bildung (Landeszentrale für politische Bildung, Akademien, IQSH) wirkt das Institut über die Hochschule hinaus für die politische Bildung. Als weitere wesentliche Akteure politischer Bildung sind zu nennen das Walter-Schücking-Institut für Internationales Recht, die Exzellenzcluster „The Future Ocean“ und „Inflammation at Interfaces“ - in der Umwelt- und in der Gesundheitsbildung - sowie die Graduate School „Human Development in Landscapes“, die sich - wie auch das Ökologie Zentrum Kiel ÖZK - Aspekten der Interaktion von Landschafts- und Gesellschaftsentwicklung annimmt. Der Cluster „Ozean der Zukunft“ hat auf dem Themenfeld Klimaerwärmung und Chancen, die das Meer birgt, vielfältige Aktivitäten

entwickelt. Eine eigens geschaffene Abteilung zur Wissenschaftsvermittlung innerhalb des Clusters tritt insbesondere durch Ausstellungen hervor, so beispielsweise im Rahmen der Kieler Woche oder beim Tag der Deutschen Einheit (Ausstellungstitel: „Den Ozean verstehen heißt die Zukunft gestalten“).

Auch zahlreiche Veranstaltungen anderer Fachbereiche - angefangen von den historischen Fächern bis zu Naturwissenschaft und Technik - spiegeln die Auseinandersetzung mit politischen Themenkomplexen wider, z.B. in der Auseinandersetzung mit jüngerer und jüngster Geschichte, über Bildung und Erziehung, Globalisierung bis zur Technik- und Umweltethik.

Immer häufiger wurden und werden Ringvorlesungen mit politischen, historischen und sozialwissenschaftlichen Schwerpunkten veranstaltet, die durch interne und externe Teilnehmerinnen und Teilnehmer großen Zulauf finden. Beispielhaft seien folgende Vorlesungen genannt:

- 1989 - Jahr der Wende im östlichen Europa (Zentrum für Osteuropa-Studien)
- Gender und Internationales Recht (Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht)
- Krisenherde der Welt im Blickwinkel des Völkerrechts (Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht)
- Die CAU im Nationalsozialismus (Historisches Seminar)

Die Beschäftigung mit der Rolle der Wissenschaft im NS-Staat steht auch im Mittelpunkt einer eigenen Internetplattform. Sie ehrt die aus der Universität vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und führt bereits existierendes Material zusammen (www.uni-kiel.de/ns-zeit). Mit dem mehrmonatigen Programm „Campus International“ wurde in der CAU, in Stadt und Land deutlich gemacht, welche Bereicherung internationale Vielfalt darstellt.

Auf Initiative und mit Förderung des MWV hat die CAU eine Ringvorlesung zu Grundlagen der Wirtschaftsethik „Moral und Kapital“ veranstaltet. Das anlässlich dieser Ringvorlesung gegründete „Kieler Forum Wirtschaftsethik“ plant, dieses Thema in den Curricula der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge zu verankern.

Darüber hinaus finden an der CAU - wie in den früheren Berichtszeiträumen - viele Einzelveranstaltungen zur politischen Bildung statt, die sowohl von Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universität wie auch von der Öffentlichkeit re-

regelmäßig in Anspruch genommen werden. Hierzu zählen zahlreiche Vorträge im Rahmen der Universitätsgesellschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, wissenschaftliche und gesellschaftsrelevante Themen „ins Land“ zu bringen. Auch das Weiterbildungsangebot der Universität enthält regelmäßig Seminare mit gesellschaftspolitischem Inhalt wie z.B. „Älter, bunter, weniger ... - Diversity und Gender“ oder „Interkulturelle Professionalität“.

Universität zu Lübeck

Die Universität zu Lübeck hat für sich einen umfassenden Bildungsanspruch in Forschung und Lehre definiert. Dies bedeutet, dass die Institute der Life-Science-Universität gesellschaftlich, politisch und philosophisch relevante Themen zeitnah in die Curricula einflechten und interdisziplinär diskutieren, um ein reflektiertes, verantwortungsbewusstes und nachhaltiges Wirken sämtlicher Mitglieder der Universität sowohl in der Medizin als auch in der Ingenieur- und Naturwissenschaft zu fördern. Darüber hinaus begleitet die Universität den Austausch mit der Bevölkerung in Fragen der Lebenswissenschaften im Rahmen gesellschaftspolitischer Diskurse durch diverse öffentliche Angebote. Mit diesen widmete sich die Universität im Berichtszeitraum unter anderem den folgenden Themenfeldern:

- Verantwortung von Wissenschaft und Forschung im politischen und sozialen Raum
- Bedeutung und Ethik neuer Technologien für die Wissens- und Informationsgesellschaft
- Individuum, Bewusstsein und freier Wille in Kultur und Zivilisation im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interaktion

Sichtbares Zeichen dieses Austausches mit der Stadt ist das Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung mit Sitz auf der Lübecker Altstadtinsel. Es hat Veranstaltungen zu folgenden Themen durchgeführt:

- Wozu historische Wissenschaftsforschung?
- Mensch Bürger: Wir sind die Stadt

- Aufklärung in Wissenschaften & Medien. Historischer Kontext – Gegenwärtige Herausforderungen

Aspekte der politischen Bildung enthält darüber hinaus das Studium Generale. Der Zyklus „Was ist der Mensch? Natur - Kultur“, umfasste in den Jahren 2004 bis 2009 u.a. folgende Themen:

- Zwischen Ethos und Business - Medizin in Zeiten ökonomischer Diktate
- Kultur und Identität in Zeiten der Globalisierung
- Vor Gott und den Menschen - Der ethische Auftrag der Kirche in unserer Zeit
- Freiheit und Selbstbewusstsein – Zur Natur des menschlichen Geistes
- Humangenomprojekt (HUGO) - Seine Folgen für Medizin und Menschenbild

Mit ihren Sonntagsvorlesungen im Rathaus gibt die Universität der Bevölkerung populärwissenschaftliche Einblicke in ihre aktuellen Forschungsprojekte. Hier sind u.a. zu erwähnen:

- Doping im Leistungssport
- Gewalt - ein vermeidbares Phänomen?
- Der Eid des Hippokrates: Regeln von gestern für die Medizin von morgen?

Mit dem bundesweit neuen Fernstudienangebot „Historische Stadt“ verfolgt die Universität zu Lübeck erstmals interdisziplinär stadthistorische, kulturwissenschaftliche, stadtsoziologische und architekturgeschichtliche Fragestellungen und thematisiert den Umgang mit der historischen Stadt heute.

In Kulturwissenschaften (Fachschwerpunkte Geschichte, Literatur, Philosophie), Politik und Organisation, Bildungswissenschaft, Psychologie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft bietet das Zentrum für Fernstudium und Weiterbildung der Universität zu Lübeck einführende, studienbegleitende und prüfungsvorbereitende Präsenzveranstaltungen zu den entsprechenden Fernstudiengängen der FernUniversität Hagen und unterstützt damit den Ansatz zu lebenslangem Lernen.

Zwei Periodika erscheinen halbjährlich an der Universität. Die Zeitschrift „FOCUS uni-luebeck“ (früher „FOCUS MUL“) wendet sich u.a. wissenschaftlichen Themen zu.

Erwähnenswert im Kontext eines erweiterten Verständnisses politischer Bildung sind insbesondere:

- Europäische Regelungen der Transplantation und ihre ethische Bewertung
- Forschungs- und Wissenschaftsethik im Rahmen der Life-Science-Studiengänge „Entscheidungen am Lebensende“ mit den Aufsätzen:
 - Euthanasie zwischen Lebensverkürzung und Sterbebeistand
 - Patientenverfügungen aus juristischer Sicht
 - Sterben auf der Intensivstation - Wie gehen wir damit um?
- Deutschland braucht klare Ziele: Bildung, Bildung, Bildung
- Ärztliches Handeln bei Kindesmisshandlung - Verstehen oder Ächten, Helfen oder Strafen?
- Die Betreuung Neugeborener drogenabhängiger Mütter - Das Lübecker Modell

Zum anderen ist die Zeitschrift „Athene. Informationen aus der Universität zu Lübeck“, zu erwähnen, die von der Gleichstellungsbeauftragten der Universität herausgegeben wird und in jeder Ausgabe zwei Hauptbeiträge zu aktuellen Fragen enthält. Schwerpunkte waren bisher die Themen Gleichstellung und Gleichstellungspolitik, Frauen und Männer in der Bildung, Zwangsprostitution bei sportlichen Großereignissen, das EU-Jahr der Chancengleichheit 2007 sowie Stalking.

Universität Flensburg

Auch an der Universität Flensburg sind Aktivitäten zur politischen Bildungsarbeit einerseits durch die Fachwissenschaft begründet, sie reichen andererseits weit in andere Fachrichtungen und Institute hinein.

Das Institut für Politik und Wirtschaft und ihre Didaktik trägt mit seinen Lehrveranstaltungen zur Ausbildung von Lehrkräften für die Schularten Grund- und Hauptschule, Realschule und Sonderschule bei. Dabei sind die Ziele und Inhalte des Studiums ausgerichtet auf

- die Vermittlung von Grundkenntnissen der Politikwissenschaft (Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Internationale Beziehungen, Politische Theorie) und in den Wirtschaftswissenschaften (Betriebs- und Volkswirtschaftslehre) sowie

- den Erwerb vertiefter Kenntnisse in ausgewählten Teilbereichen der Politikwissenschaft und der Wirtschaftswissenschaften.

Dabei bezieht sich das politische und ökonomische Studium zur Vorbereitung auf das Lehramt auf den Unterricht der Fächer Heimat- und Sachunterricht in der Grundschule, Wirtschaft/Politik in der Hauptschule, Geschichte/Wirtschaft/Politik in der Schule für Lernbehinderte, Wirtschaft/Politik in der Realschule, Wirtschaftslehre und Weltkunde in der Gesamtschule sowie Wirtschaft/Politik in berufsbildenden Schulen. Im Berichtszeitraum hat das Institut eine Reihe von Veranstaltungen, Tagungen und Projekte durchgeführt sowie einschlägige Veröffentlichungen publiziert und Mediengespräche geführt. Hervorzuheben sind die Beteiligung an der Tagung „Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik in historischer und aktueller Perspektive“ der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Lorenz-vom-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und dem Landkreistag Schleswig-Holstein sowie die Konferenz „Perspektiven des Nordens im Nordstaat“.

In zahlreichen Publikationen und Vorträgen wurden regionalpolitische und wirtschaftliche Entwicklungen in Schleswig-Holstein, Geschichte und Bedeutung der Verwaltungen in Norddeutschland und der Selbstverwaltung in den Kreisen, die territoriale Entwicklung der nördlichen Länder Deutschlands sowie Fragen im Zusammenhang mit den Jubiläen 60 Jahre Schleswig-Holstein und 60 Jahre Universität Flensburg thematisiert.

Fachwissenschaftliche Forschung und Lehre im Bereich von Geschichte und Gesellschaft leistet das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) an der Universität Flensburg. Das IZRG hat neben der Erforschung auch die Vermittlung regionaler Zeitgeschichte zur Aufgabe und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung im Land. Dies ist seit 2005 in vielerlei Form geschehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IZRG haben in diesem Zeitraum rund 100 Vorträge gehalten, zahlreiche Tagungen, Kolloquien und Veranstaltungen sowie Veranstaltungen zur Fort- und Ausbildung von Lehrkräften vorbereitet und organisiert. Sowohl die Tagungen als auch die Kolloquien waren offen für politisch interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer und sind zum Teil auf beträchtliches öffentliches Interesse gestoßen. Daneben hat das IZRG Beiträge zur politischen Bildung im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften geleistet.

Darüber hinaus trug das IZRG durch zahlreiche Publikationen zur politischen Bildung bei, sei es in Form der zahlreichen verschiedenen Mitarbeiterpublikationen sowohl als Zeitungsbeiträge, Aufsätze, Sammelbände als auch Monografien (vgl. www.izrg.de/mitarbeiterpublikationen.html), sei es in Form der Instituts-Schriftenreihe, in der seit 2005 drei weitere Bände erschienen sind.

Einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung im Land lieferte zudem das Buch „Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus“ von Uwe Danker und Astrid Schwabe, das 2005 in Zusammenarbeit mit dem Sparkassen- und Giroverband und der Landeszentrale für politische Bildung im Klassensatz an insgesamt 350 Schulen im Land verteilt wurde. Das IZRG hat diese Aktion mit verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte begleitet.

Seit April 2008 ist auch das „Virtuelle Museum - www.vimu.info“ online - eine einzigartige zweisprachige (deutsch, dänisch) Geschichtsdarstellung im Internet, welche die lebendige Vermittlung der Regionalgeschichte Schleswig-Holsteins und Süddänemarks in den letzten 180 Jahren mittels Text, Bild, Audio, Video und Animation ermöglicht. Das „Virtuelle Museum - www.vimu.info“ ist ein Kooperationsprojekt des IZRG mit drei Hochschulen in Deutschland und Dänemark, es wurde im Rahmen des INTERREG IIIa durch die EU gefördert.

Weitere Aktivitäten einzelner Institute:

- Das Friesische Seminar befasste sich in zwei Lehrveranstaltungen mit dem aus Nordfriesland stammenden Philosophen und Pädagogen Friedrich Paulsen (1846-1908), der mit seinem Werk „System der Ethik“ einen wesentlichen Impuls für die staatsbürgerliche Bildung in Deutschland gab. Gemeinsam mit dem Nordfriisk Instituut in Bredstedt erarbeiteten Studierende eine Wanderausstellung über Paulsen, die u.a. in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein in Berlin, in der Zentralen Hochschulbibliothek Flensburg, im Paulsen-Gymnasium Berlin-Steglitz, in der Friedrich-Paulsen-Schule Niebüll und im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu sehen war. Beiträge zur politischen Bildung leisteten auch Lehrveranstaltungen des Friesischen Seminars über „Nationale Minderheiten in Deutschland im europäischen Zusammenhang“.
- Im Institut für Technik und ihre Didaktik werden in den Veranstaltungen „Umwelttechnik“, „Kraftwerkstechnik“ sowie „Alternative Kraftstoffe und Antriebe“

gesellschaftliche Implikationen und damit politische Setzungen und administrative Randbedingungen angesprochen.

Fachhochschule Kiel

An der Fachhochschule Kiel finden wöchentlich fortlaufend Veranstaltungen zur Sozialpolitik und Sozialökonomie statt, die sich u.a. mit den gegenwärtigen Modernisierungserfordernissen im sozialstaatlichen Umbauprozess auseinandersetzen.

Der Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit hat im Berichtszeitraum verschiedene Projekte in der politischen Bildung durchgeführt. Das aus Mitteln des MSGF geförderte Projekt „Inklusion und Chancengleichheit als Hochschulkultur“ zielt auf Inklusion und den Abbau von Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen Herkunft, einer Behinderung oder ihrer Religion/Weltanschauung. Es untersucht Erfahrungen und Beobachtungen von Diskriminierung aus erster Hand und trägt dazu bei, Maßnahmen zur Inklusion und Chancengleichheit an der Hochschule voranzutreiben.

Mit dem Projekt „Die Kinderstube der Demokratie“ wurden in Kooperation mit dem Institut für Partizipation und Bildung von 2006 bis 2008 insgesamt 20 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Partizipation in Kindertageseinrichtungen ausgebildet. Diese Qualifizierung war ein Projekt des Kinder- und Jugendaktionsplans Schleswig-Holstein und wurde gefördert aus Mitteln der Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein - Land für Kinder. Damit korrespondiert die Entwicklung von Leitlinien zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen, die vom Ministerium für Bildung und Frauen (MBF) des Landes Schleswig-Holstein herausgegeben werden.

Der Fachbereich Medien hat im Berichtszeitraum eine Reihe von Exkursionen zur politischen Bildung durchgeführt. Die Exkursionen umfassten Besuche bei der Europäischen Kommission in Brüssel, bei *Spiegel*, *stern*, Springer-Verlag und *taz*, Deutschlandfunk in Hamburg und Berlin sowie *Kieler Nachrichten* und weiteren Einrichtungen.

7 Landeszentrale für politische Bildung

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) wurde 1957 als „Amt für staatsbürgerliche Bildung“ gegründet. Damals stand die Erziehung zur Demokratie im Mittelpunkt der überparteilichen Einrichtung, heute ist es der Umgang mit der Demokratie.

Zu den Aufgaben aller Landeszentralen gehört generell die Vermittlung überparteilicher politischer Bildungsangebote. Geschaffen wurden diese Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Alliierten bei den Deutschen Defizite in der demokratischen Bildung feststellten. Im Laufe der Jahre rückte die Information über die deutsche Teilung in den Vordergrund. Nach der Wiedervereinigung haben sich die Landeszentralen jedoch verstärkt aktuellen Themen zugewandt. Auch gefestigte Demokratien können unerwartete Labilitäten entwickeln und müssen immer wieder gelernt werden. Für eine fortwährende demokratische Bewusstseinsbildung ist daher eine unabhängige, ideologie- und lobbyfreie politische Bildungsarbeit unverzichtbar. Die Stellung der LpB ergibt sich aus ihrer Unabhängigkeit und Überparteilichkeit im Gegensatz zu anderen Anbietern politischer Bildungsarbeit.

Hauptzweck der LpB in ihrer derzeitigen Form ist, die politische Bildung der Bevölkerung von Schleswig-Holstein und ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in Gesellschaft und Staat zu fördern und zu vertiefen. Nicht von ungefähr hat deshalb die LpB ihre Tätigkeit unter den Leitspruch des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss gestellt: „Demokratie ist keine Glücksversicherung, sondern das Ergebnis politischer Bildung und demokratischer Gesinnung.“ Ihre Tätigkeit hat folgende fest abgesteckten Aufgaben: Bereitstellung von Informationsmaterialien, Durchführung von Seminaren, Foren, Diskussionsveranstaltungen und Studienreisen zu thematischen Schwerpunkten, Förderung der praktischen Bildungsarbeit in Kooperation mit anderen Trägern, preiswerte Abgabe von Publikationen und neuen Medien zur politischen Bildung an interessierte Bürgerinnen und Bürger, Veröffentlichung landesspezifischer Publikationen, Organisation öffentlicher Ausstellungen zu wichtigen Themen der Geschichte und Gegenwart, Ausbau von Serviceleistungen, Vernetzung mit anderen Organisationen und Institutionen.

Beraten und unterstützt wird die LpB von zwei Beratungsgremien, dem Kuratorium für politische Bildungsarbeit im Lande Schleswig-Holstein (Kuratorium) und dem Planungs- und Steuerungsausschuss (PSA). Im Kuratorium waren im Berichtszeitraum Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Parteien Mitglied, die den Ministerpräsidenten auf dem Gebiet der politischen Bildungsarbeit und der LpB beraten und unterstützt haben. Der PSA besteht aus neun Vertretern relevanter gesellschaftlicher Gruppen und unterstützt die LpB bei der Vernetzung mit anderen Anbietern politischer Bildung, der Weiterentwicklung der Aufgaben und der Verbesserung der Eigenwirtschaftlichkeit.

Seit Sommer 2003 befinden sich die Geschäftsräume der LpB in der Innenstadt; diese zentrale Lage hat zu ständig steigendem Publikumsverkehr geführt, der sich ebenfalls bei einer der Kernaufgaben der Landeszentrale, der Abgabe von Publikationen, niedergeschlagen hat. Gleichzeitig wurde die LpB in einen Landesbetrieb umgewandelt, auch die Geschäftsführung wurde neu geregelt. Leiter wurde der Verbandsdirektor des LVVHS, der im Rahmen einer Vereinbarung zwischen Landesverband und Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK) mit 25% seiner wöchentlichen Arbeitskraft die Landeszentrale in Personalunion leitete. Bis 2005 gehörte die Landeszentrale zum Geschäftsbereich des MBWFK, seit der Neugliederung der Ressortzuständigkeiten 2005 war sie der Staatskanzlei zugeordnet. Mit der Jahreswende 2008/09 ist mit dem Ausscheiden des Verbandsdirektors die Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei und dem LVVHS über die gemeinsame Leitung aufgehoben worden. Für eine Übergangsfrist wird der bisherige Leiter in geringem Umfang weiterbeschäftigt. Eine Umstrukturierung ist auch vor dem Hintergrund des aktuell vorliegenden Prüfberichts des Landesrechnungshofes (LRH) und der Kritik am Landesbetrieb geplant. Der Landesbetrieb soll aufgelöst werden. Die Einrichtung als Landesbetrieb sollte eine erwerbswirtschaftliche Ausrichtung außerhalb des Haushaltsplans ermöglichen, die Stellung als zugeordnetes Amt blieb davon unberührt. Zwar hat sich die mit der Errichtung des Landesbetriebes verbundene Erwartung auf höhere Einnahmen erfüllt, aber nicht in der erhofften Höhe. Politische Bildung ist keine Aufgabe, die bis zu einem kostendeckenden Entgelt oder gar gewinnbringend wahrgenommen werden kann.

Die weitere Kritik des LRH wird vor allem hinsichtlich der Neubestimmung von Aufgaben aufgenommen. Seine Anregungen haben auch im Hinblick auf die aktuelle Debatte des Schleswig-Holsteinischen Landtags um eine mögliche Zuordnung der Zuständigkeiten für die LpB an den Landtag Eingang gefunden. Der Ministerpräsident hat zugesagt, dass es bis zum Schluss der Beratungen keine vorfestlegenden Entscheidungen gebe. Auf Beschluss des Landtags wird die Landesregierung die drei in Rede stehenden Modelle (Verbleib der LpB in einer obersten Landesbehörde, Übertragung der Aufgabe „Politische Bildung“ an den LVVHS, Anbindung der LpB an den Landtag) unter Beteiligung des Kuratoriums aufarbeiten. Darüber hinaus sollen Vorschläge und Verfahren diskutiert werden, wie die LpB künftig als „Dienstleistungszentrum“ für politische Bildung aufgestellt werden kann.